Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,65. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste: Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50. Dienstag, den 1. März 1898. 5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Zur Flottenvorlage.

In der Budgetkommission des Reichstages verbreitete sich Freitag der Referent Dr. Lieber in längerer Rede über die geforderte Bindung des Etatsrechts. Die logische Grundlage für eine gesetzliche Form sei in der Vorlage gegeben, sie sei wohl durchdacht und nach jeder Richtung gut durchgearbeitet. In den früher vorgelegten Denkschriften sei kein gesetzlicher Plan vorgelegt worden. Aber schon die Hollmann'sche Denkschrift habe zwei Geschwader verlangt. Jetzt, wo zum ersten Male ein klarer übersichtlicher Plan vorliege sei erst die gesetzliche Regelung möglich. Nun werde von den Gegnern der Vorlage hervorgehoben, das verfassungsmäßige Budgetrecht des Reichstages solle „geknebelt" werden. Ja, Abg. Richter habe das Verlangen der Vorlage geradezu als verfassungswidrig bezeichnet. Demgegenüber verweise er auf Art. 71 der Verfassung, der besagt, die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Dr. Lieber geht auf die Geschichte der Verfassung zurück und sucht nachzuweisen, daß seiner Zeit die Abgg. Dr. Riquet, v. Bennigsen, Lasker u. A. die Aufügung des zweiten Satzes für unerläßlich hielten, besonders auch im Hinblick auf die Entwicklung der Marine. Nach Art. 71 sei also der Vorschlag des Entwurfs durchaus verfassungsmäßig. Neben dem Recht sei auch die verfassungsmäßige Pflicht zu betonen. Es könne sich nur fragen, ob es an der Zeit sei, von der Ausnahmebefugniß, die Art. 71 biete, Gebrauch zu machen. Die Aera der Versuche gelte als abgeschlossen und kein Laie dürfe als solcher den Marinesachverständigen gegenüber die gesetzliche Regelung bekämpfen. Die Forderungen für die äußere Sicherheit des Vaterlandes und für die innere Wohlfahrt müssen sich vereinigen lassen. Nach Art. 71 der Verfassung müsse die Dauer der Ausgaben befristet werden. Nun solle zwar der Reichstag bis zu einem gewissen Grade durch das Gesetz gebunden werden, aber die Bindung der verbündeten Regierungen sei nicht klar genug zum Ausdruck gebracht. Das müßte klarer geschehen. Die Motive müßten thunlichst im Gesetz Ausdruck finden, die ganze Organisation müsse im Gesetze ausgesprochen werden. Wenn der Reichstag sich binden solle, müßten sich auch die verbündeten Regierungen binden. Eine mechanische Festlegung des Reichstages dürfe indeß nicht stattfinden. In § 2, wo gesagt wird, die Mittel für die regelmäßigen Ersatzbauten, seien so rechtzeitig in den Etat einzustellen, daß Linienschiffe nach 25 Jahren, große Kreuzer nach 20 und kleine nach 15 Jahren ersetzt werden können, müssen die Worte „in der Regel" eingeschaltet werden. Was ferner die siebenjährige Erfüllungsfrist der Neubauten anlange, so würden Verschiebungen der in den Motiven beigebrachten Tabelle unvermeidlich sein. Also vor Ueberraschungen würden wir auch in Zukunft nicht sicher sein. Die Technik mache zudem immer weitere Fortschritte. Also wenn der Reichstag auf sieben Jahre gebunden werden solle, dann müßten sich auch die verbündeten Regierungen verpflichten, nicht mehr Geldmittel zu beanspruchen, als jetzt angegeben werde. Es wäre richtig, die Gesammtsumme festzulegen und über die Kosten etwa Folgendes im Gesetze selbst zu sagen: „die bis zum Jahre 1904 zu fordernden Mittel — 374 Millionenen an einmaligen und 28 Millionen an dauernden Ausgaben — müssen bereit gestellt werden; wenn damit nicht ausgekommen wird, so soll eine Zurückstellung bis nach dem Jahre 1904 stattfinden."

Staatssekretär Tirpitz erwidert, die ganze Flottenvorlage sei für die verbündeten Regierungen unannehmbar, wenn sie nicht in dem geforderten Umfange und bis zum Jahre 1904 bewilligt werde. Gegen eine andere Fassung würde nichts eingewendet werden, wenn der Zweck des Gesetzes selbst nicht in Frage gestellt werde. Die Formationen müßten, wie geplant, durchgeführt werden. Was die Geldmittel anlange, so sei man allerdings nicht sicher davor, daß die Preise für Material und die Löhne eine Erhöhung erfahren könnten. Die Ansätze beruhen natürlich auf Schätzungen, eine absolut sichere Zusage lasse sich nicht geben, da es eben auf die Konjunkturen ankomme.

v. Bennigsen: Der Zeitpunkt einer gesetzlichen Regelung ist gekommen, nachdem wir 30 Jahre der Versuche hinter uns haben. Allerdings halte auch ich eine präzisere Fassung für erforderlich, damit für später verschiedene und sich widersprechende Interpretationen ausgeschlossen sind. Die Geldforderung bis 1904 darf selbstverständlich eine bestimmte Maximalhöhe nicht überschreiten.

Richter: Wie es scheint, nimmt sich das Zentrum der Regierungsvorlage mit Wärme an. Unter den Lieber'schen Vorschlägen ist von materieller Bedeutung nur die vorgeschlagene Art der Limitirung. Die übrigen Vorschläge sind nur redaktioneller Art und für die Regierung wohl annehmbar. Mit einem Pauschquantum ist wenig erreicht, auch früher seien wiederholt neben dem Pauschquantum besondere Bewilligungen erfolgt. Uebrigens irrt Dr. Lieber: ich habe niemals die Forderung der Vorlage als verfassungswidrig bezeichnet. Der Artikel 71 beruht auf einem Kompromiß. Man darf nicht vergessen, daß 1867 die gesammte Linke nur über eine Mehrheit von etwa sechs Stimmen verfügte. Die Vorlage enthält nun einmal eine Bindung des Reichstages, das hat der Reichskanzler selbst zugegeben.

Bebel bekämpft die Vorlage auf das Entschiedenste. Der Referent Abg. Dr. Lieber habe heute seine innern Anschauungen enthüllt. Redner bestreitet, daß die Schlachtflotte ihre Aufgaben, wie erwartet, erfüllen werde. Die deutschen Küsten schützen sich selbst, das habe Admiral Hollmann zugegeben, der sich auch gegen eine Bindung auf mehrere Jahre ausgesprochen habe. Aus der Aera der Versuche seien wir noch nicht heraus. Windthorst sei stets gegen eine Einschränkung des Etatsrechtes des Reichstages gewesen.

Graf Arnim (RP.) erinnert daran, daß im Jahre 1848 vom Marineausschuß der Nationalversammlung die Nothwendigkeit erkannt worden sei, der zu schaffenden Marine einen bestimmten, von jeweiligen Majoritätsschwankungen unabhängigen Plan zu Grunde zu legen, da die umfangreiche Schöpfung einer Marine nur gelingen könne, „wenn ihre verschiedenen Theile mit unwandelbarer Stetigkeit nach einem Plane und mit getreuem Festhalten an den vorzuzeichnenden Grundlinien angegriffen und durchgeführt werden." Das sei zu einer Zeit gesagt worden, wo das „souveräne Volk" nicht an einem Titelchen seiner Grundrechte hätte rütteln lassen. Die englische Defens-Akt gebe der Regierung viel mehr Rechte als die deutsche Regierung verlange. Die deutsche Regierung sei in Bezug auf Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte viel entgegenkommender als die englische. Er hoffe, daß die Kosten gründlich geprüft und erwogen seien, so daß man mit der geforderten Summe auskomme. Die 7 Jahre erscheinen den Flottenfreunden als lange Zeit, über diesen Zeitpunkt hinaus dürfe man unter keinen Umständen warten.

D. Hammacher macht Bebel auf die Bedenken einer öffentlichen Verhandlung über die Schutzlosigkeit unserer Seeküste aufmerksam und empfiehlt die Grundgedanken der Vorschläge des Referenten. Was Dr. Lieber wolle, sei im Wesentlichen eine Nachbildung des englischen Flottengesetzes von 1889 und biete eine erwünschte Garantie gegen eine unerwartete Belastung des Reiches. Das Entgegenkommen des Staatssekretärs Tirpitz sei um so mehr zu begrüßen, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß Ersatzboote in erhöhter und nicht vorauszusehender Zahl nothwendig werden, deren Kosten ebenfalls aus den in das Gesetz eingestellten Gesammtsummen bestritten werden müssen, wenn der Reichstag keine besonderen Mittel dafür bewilligt.

Dr. v. Jazdzewski (P.) erklärt Namens seiner Fraktion sich gegen die Vorlage. Die Fraktion habe einstimmig sich gegen das Gesetz erklärt. In Bezug auf die Abstimmung in der Spezialberathung sei ihm von der Fraktion freie Hand gelassen worden.

Müller-Fulda (Z.) bedauert diese Haltung der Polen und stimmt im Uebrigen den Ausführungen Dr. Liebers bei. Er hofft, daß man mit der geforderten Summe auskommen werde, und wenn nach den Lieber'schen Anträgen eine präzisere Fassung beschlossen würde, könne das Gesetz sehr wohl zur Verabschiedung gelangen.

Hierauf trat eine zweistündige Pause in den Berathungen ein.

In der Nachmittagssitzung wurde die Berathung der Flottenvorlage fortgesetzt. Referent Dr. Lieber ging zur Deckungsfrage über und erbat Auskunft darüber, wie sich die finanzielle Lage des Reiches in den nächsten sieben Jahren voraussichtlich gestalten würde. Wichtig sei namentlich auch, zu wissen, ob sich neue Einnahmequellen erschließen würden. Seien neue Mittel erforderlich, so müsse sich die Kommission schon heute damit befassen, vielleicht in der Form einer Resolution. Nur leistungsfähige Schultern dürften eventuell belastet werden. Man müsse die Einkommen von 10 000 Mk. an heranziehen. Diese Kreise würden im Bedarfsfalle sicherlich ihre jubelnde Zustimmung gern in eine klingende umsetzen. Wir müssen jedenfalls gegen finanzielle Ueberraschungen uns sichern.

Staatssekretär Freiherr von Thielmann: Die Hauptfrage sei, werde das deutsche Volk in den nächsten 7 Jahren reich genug sein, die Kosten aufzubringen. Von den größeren Kulturstaaten gebe das Reich, mit Ausnahme von zweien, für Heer und Marine weniger aus als die anderen Staaten. Er wolle seinen Ausführungen das Budget des laufenden Jahres zu Grunde legen. Wir leben in einer Zeit des Ueberflusses. Ein Absteigen sei nicht bemerkbar, schwerlich auch zu befürchten. Der gegenwärtige Zustand sei als ein Niveau zu betrachten, auf dem man weiter arbeiten könne. Die Ergebnisse der letzten Jahre seien auch maßgebend für die nächsten sieben Jahre. Die Kosten der Flottenvorlage für die drei ersten Jahre seien aus den Ueberschüssen neben den Kosten für das Artillerie-Material vollständig gedeckt. Ebenso sei für die folgenden 4 Jahre Deckung vorhanden. Die Marinevorlage erschöpfe nur einen Theil der Ersparnisse und diese würden sich bei der gesunden Entwicklung des Reiches noch vermehren. Außerdem sei mit der Vermehrung der Bevölkerung zu rechnen, und die Steuerkraft des Einzelnen habe während der Dauer des Deutschen Reiches stetig zugenommen.

Müller-Fulda (C.) weist auf das Anwachsen der Ausgaben auf anderen Gebieten hin, z. B. bei der Alters- und Invaliditätsversicherung, wo der Beharrungszustand noch lange nicht eingetreten sei. Mit der Zeit werde vielleicht auch ein neues Gewehr Mehrausgaben verursachen. Auch an die Ausgaben für Uebungsplätze erinnere er. Es würden also ganz erhebliche Anforderungen an den Etat gestellt werden und ohne neue Steuern würde man kaum auskommen.

Staatssekretär v. Thielmann: An eine Aenderung der Gewehre und Aenderung der Festungsbauten werde jetzt nicht gedacht. Soviel er wisse, würden auch keine neuen Steuern erforderlich sein.

Richter: Unsere Anleihen zeigen doch ein fortwährendes Wachsen der Schulden, wir haben keine balancirten Etats.

Dr. Paasche ist der Meinung, daß wir nicht nöthig haben, wie Abg. Müller-Fulda, schwarz in die Zukunft zu blicken. Er sucht dies vornehmlich aus den wachsenden Einnahmen der Zölle zu beweisen.

Unterstaatssekretär Aschenborn sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß keinerlei finanzielle Bedenken gegen die Flottenvorlage sprechen.

Bebel beantragt, für den Fall der Annahme des Gesetzes folgenden § 8 anzufügen: „Soweit durch dieses Gesetz die Ausgaben des Marineetats über die Ausgaben desselben Etats für das Etatsjahr 1897/98 sich erhöhen, ist das Mehr dieser Ausgaben vom Etatsjahr 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichseinkommensteuer aufzubringen, der Diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von über 6000 Mk. beziehen. Die Normirung der Steuersätze und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz."

v. Kardorff: Einer Reichseinkommensteuer würden die verbündeten Regierungen niemals zustimmen. Dagegen empfehle sich der Anleihekredit, damit nicht so viel deutsches Geld in's Ausland gehe.

Dr. Paasche ist gegen den Antrag Bebel, der nur das Gesetz zu Falle bringen wolle. Unterstaatssekretär Aschenborn hält es nicht für rathsam, eine größere Anleihe aufzunehmen. Korreferent v. Massow ist durch die regierungsseitig abgegebenen Erklärungen durchaus befriedigt. Abg. Werner (Ant.) hält durch den Antrag Lieber die etatsrechtlichen Bedenken für beseitigt und glaubt nach Annahme des Antrages die Zustimmung seiner politischen Freunde in Aussicht stellen zu können. Eine Resolution bezüglich der Kosten hält er aber für wünschenswerth.

Dr. Hammacher: Eine Reichseinkommensteuer ist an und für sich ein gerechter und unter Umständen erwünschter Weg zur Deckung von Reichsausgaben. Die

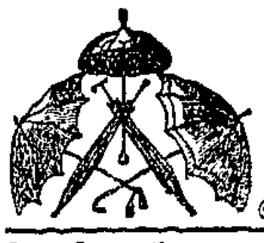
Schaufeln

aller Art als:
Ballastschaufeln
Spitze Kanalschaufeln
Randschaufeln
Schaufelstiele
Escher mit Stiel
Spaten (alle Größen)
Spatenstiele
empfiehlt billigst
J. F. B. Grube,
(Inh. **Rudolf Möller**)
Eisenwaaren-Handlung
Lübeck am Markt.

Im
Ausverkauf

Gr. Tassen v. **10** Pf., **Salzflisser** mit Holzdeckel v. **35** Pf., **Teller** v. **5** Pf., **Wasserkannen,** bunt, v. **25** Pf. an, **Gewürztönnchen 6** Stück **50** Pf. **Grosse Gemüsetonnen,** 6 Stck. **2,50** Mk. **Grosse Kaffekannen** v. **40** Pf.; **Ess-Service,** bunt, **25** Theile, v. **6,25** Mk. an. **Waschservice,** bunt, **5**theilig, v. **1,85** Mk. an u. s. w. u. s. w.

J. N. Nissen, Breitestr. 21
Bitte die Schaufenster zu beachten.



Total-Ausverkauf
wegen Umzug, von
Regen- und Sonnen-Schirmen.
25% unter Preis 25%.
H. Stoppelman,
Schirmfabrik, Hüxstraße 32.

Das Lagerhaus u. Speditions-Geschäft
Fischergrube 52
empfiehlt sich zum **Lagern und Nachsenden aller Gegenstände prompt u. billig.**

Fettwaaren-Special-Geschäft
C. Harz
Handstr. 27. **Handstr. 27.**

Frische Flohmen
Pfund 55 Pfg.
Margarine
Pfund 50, 55 und 60 Pfg.
Bratenschmalz
Pfund 35 und 40 Pfg.
Speisetalg Pfd. 40 Pfg.
Ger. Schweinsbacken
Pfund 48 Pfg.
Ger. Mettwurst
Pfund 80, 85, 90 Pfg. u. 1,00 Mk.
Leberwurst
Pfund 50, 60, 70, 90 Pfg. und 1,00 Mk.
Blutwurst
Pfund 50 und 60 Pfg.
Sülze Pfd. 60 Pfg.
Sauerkohl 2 Pfd. 15 Pf.
Frische Eier
Stück 6 Pfg. 10 Stück 55 Pfg.

Heute Abend von 5 Uhr an:
Heiße
Knack- und Bierwurst.
Georg Schmidt,
obere Fleischhauerstr. 11.

Heute Sonnabend Abend von 5 Uhr an:
Frische Knackwurst
sowie täglich
Frische Bierwurst
empfiehlt
Joach. Schmidt,
Inh. **Heinr. Schmidt,** Hüxstraße 43.

Pa. Kalbfleisch Pfd. 30 Pfg.
„ Schweinefleisch Pfd. 60 Pf.
„ Queenfleisch Pfd. 50 Pfg.
empfiehlt:
W. Strohfeldt
73 Glockengießerstraße 73.

Ausverkauf bei J. Möllendorff
Holstenstraße 9.

Große Posten Damen-Zugstiefel 2 Mk. bis 3 Mk. 50 Pf.
Große Posten Knöpf- und Schnürschuhe 2 Mk. 50 Pf.
Große Posten Knöpf-Stiefel 3 Mk. 50 Pf.
Große Posten Ballschuhe, elegant, von 1 Mk. 50 Pf.
Morgenschuhe, Pantoffeln 2c. **spottbillig** im

Ausverkauf bei J. Möllendorff
Holstenstraße 9.

Einladung zur
50j. Gedenkfeier des 18. März
bestehend aus:
Festrede, Concert, Gesang u. Vorträgen
am Freitag den 18. März
im Lokale des Herrn Daßler, „Colosseum".
Anfang 8 Uhr. Preis a Person 20 Pfg.
Das Comitee.

COLOSSEUM.

Sonntag, den 6. März:
Große
Volks-Maskerade,
verbunden mit
Kappenfest für Zuschauer.

Im vollständigen Masken-Costüm à Person 10 Pfg.
Den Zuschauern ist die Theilnahme am Tanzen **gratis,** jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet.
Kappen sind am Eingang zu haben.
Masken-Garderoben am Ballabend im Hause.
Demaskirung nach Belieben.
Speisesaal in der Etage.
Eintrittskarten im Voraus: Herren **75** Pfg., Damen **40** Pfg., in den Cigarren-Handlungen der Herren **Friedr. Nagel,** am Markt, **Cowalsky,** Klingberg, **Carl Schrader,** Holstenstr., Kaufmann **J. C. Müller,** Cronsforder Allee, **Ernst Lühr,** Friseur, Cronsforder Allee 29.
Cassenpreis für Herren 90 Pfg., für Damen 60 Pfg.
Lokal-Oeffnung 5 Uhr. Anfang 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

Central-Hallen.

Sonntag den 27. Februar:
Großer öffentlicher Masken-Ball
verbunden mit Kappenfest für Zuschauer.
Versammlung der Masken von **6—7** Uhr im Nebensaal. Maskenzug um **7** Uhr. Den Zuschauern ist die Theilnahme am Tanzen gratis, jedoch nur mit einer humoristischen Kappe gestattet. Kappen und Masken-Garderoben sind am Ballabend im Lokal zu haben. Demaskirung nach Belieben. Einlaßkarten im Voraus Herren **70** Pf., Damen 40 Pf., sind zu haben bei **Friedr. Nagel,** Am Markt, und **Carl Schrader,** Holstenstraße 28, sowie in den **Central-Hallen** bis Mittags **1** Uhr. Kassenpreis Herren **80** Pf., Damen **50** Pf., von **11** Uhr an Herren **50** Pf., Damen **25** Pf. Im vollständigen Masken-Kostüm zahlen Herren **25** Pf., Damen **15** Pf.
Nur anständige Masken haben Zutritt.
Lokal-Oeffnung **5** Uhr. Anfang **6** Uhr. Ende **4** Uhr.

Otto Gennburg's Concerthalle.
Täglich: **Großes Concert** (Damen-Kapelle).
Mittwochs und Sonnabends: **Frühschoppen.**

Heute Sonntag:
Neu-Lauerhof. Grosses Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. **Entree frei.**
Herm. Gutsche.

Concert-Haus „Flora"
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. **Ende 12 Uhr.** **F. Grammerstorf.**

Stehr's Etablissement.
Morgen Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.

Neue Lohmühle
Sonntag den 27. Februar:
Fastnachts-Ball.
Vertanzen von 2 werthvollen Gewinnen.
Musik vom Musiker-Fachverein.
C. Koopmann, Vtr.

COLOSSEUM
Heute Sonntag:
Große freie Tanzmusik.
Anfang 4 Uhr.
W. Dassler.

Friedrich-Franz-Halle
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen
L. Lübke.

Graphischer Gesang-Verein.
(Steindrucker, Lithographen, Buchbinder und Buchdrucker.)
Sonntag den 27. Februar, Abends 7 Uhr:
• Humoristischer Abend •
in der Tivoli-Halle.
Herren nebst Dame 60 Pfg., jede weitere Dame 30 Pfg. Einlass 6 Uhr. Ende 4 Uhr.

St. Jürgen-Liederkranz.
Am Donnerstag, den 3. März 1898:
Gesellschafts-Abend
für Mitglieder mit beschränkter Einführung in der **Friedrich-Franz-Halle.**
Karten zu demselben sind beim Vorstande zu haben.
Anfang 7 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Der Vorstand.
NB.: Der nächste Ball findet am **27. März** im „Concordia-Garten" statt.

Gesangverein „Freiheit".
Einladung zum
Ball mit Kappenfest
am Sonntag den 27. Februar
im Lokale des Herrn **Koch, „Elnsegel".**
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Garderobe 15 Pf.
Musik vom Musiker-Fachverein.

Gesang-Verein „Einigkeit".
St. Gertrud.
Einladung zum
BALL
verbunden mit Kappenfest
am Sonntag den 6. März 1898
im Lokale Neu-Lauerhof.
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.
Entree für Herren 60 Pfg., eine Dame frei, einzelne Damen 15 Pfg., wofür Garderobe.
Musik vom Musiker-Fachverein.
Das Comitee.
Vereinsabzeichen sind anzulegen.
Kappen sind an der Kasse zu haben.

Holzarbeiter-Verband
BALL
am Montag den 28. Februar 1898
im Lokale des Herrn Daßler, **„Colosseum".**
Anfang Abends 8 Uhr. Ende 4 Uhr Morgens.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Um zahlreiche Betheiligung bittet
Das Comitee.

Brauerei Fackenburg.
Sonntag den 27. Februar
Concert.
Anfang 4 Uhr.
Eintritt 10 Pfg., wofür Programm.

Stadt Stockholm
Täglich:
Humorist. Vorträge

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Montag den 28. Februar
Abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Zimmer Nr. 5.
Tages-Ordnung:
1. Wahlen.
2. Kartellbericht.
3. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.] Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt". [Telephon Nr. 419.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 50. Dienstag, den 1. März 1898. 5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage

Zur Flottenvorlage.

In der Budgetkommission des Reichstages verbreitete sich Freitag der Referent Dr. Lieber in längerer Rede über die geforderte Bindung des Etatsrechts. Die logische Grundlage für eine gesetzliche Form sei in der Vorlage gegeben, sie sei wohl durchdacht und nach jeder Richtung gut durchgearbeitet. In den früher vorgelegten Denkschriften sei kein gesetzlicher Plan vorgelegt worden. Aber schon die Hollmann'sche Denkschrift habe zwei Geschwader verlangt. Jetzt, wo zum ersten Male ein klarer übersichtlicher Plan vorliege sei erst die gesetzliche Regelung möglich. Nun werde von den Gegnern der Vorlage hervorgehoben, das verfassungsmäßige Budgetrecht des Reichstages solle „geknebelt" werden. Ja, Abg. Richter habe das Verlangen der Vorlage geradezu als verfassungswidrig bezeichnet. Demgegenüber verweise er auf Art. 71 der Verfassung, der besagt, die Ausgaben werden in der Regel für ein Jahr bewilligt, können jedoch in besonderen Fällen auch für eine längere Dauer bewilligt werden. Dr. Lieber geht auf die Geschichte der Verfassung zurück und sucht nachzuweisen, daß seiner Zeit die Abgg. Dr. Riquet, v. Bennigsen, Lasker u. A. die Aufügung des zweiten Satzes für unerläßlich hielten, besonders auch im Hinblick auf die Entwicklung der Marine. Nach Art. 71 sei also der Vorschlag des Entwurfs durchaus verfassungsmäßig. Neben dem Recht sei auch die verfassungsmäßige Pflicht zu betonen. Es könne sich nur fragen, ob es an der Zeit sei, von der Ausnahmebefugniß, die Art. 71 biete, Gebrauch zu machen. Die Aera der Versuche gelte als abgeschlossen und kein Laie dürfe als solcher den Marinesachverständigen gegenüber die gesetzliche Regelung bekämpfen. Die Forderungen für die äußere Sicherheit des Vaterlandes und für die innere Wohlfahrt müssen sich vereinigen lassen. Nach Art. 71 der Verfassung müsse die Dauer der Ausgaben befristet werden. Nun solle zwar der Reichstag bis zu einem gewissen Grade durch das Gesetz gebunden werden, aber die Bindung der verbündeten Regierungen sei nicht klar genug zum Ausdruck gebracht. Das müßte klarer geschehen. Die Motive müßten thunlichst im Gesetz Ausdruck finden, die ganze Organisation müsse im Gesetze ausgesprochen werden. Wenn der Reichstag sich binden solle, müßten sich auch die verbündeten Regierungen binden. Eine mechanische Festlegung des Reichstages dürfe indeß nicht stattfinden. In § 2, wo gesagt wird, die Mittel für die regelmäßigen Ersatzbauten, seien so rechtzeitig in den Etat einzustellen, daß Linienschiffe nach 25 Jahren, große Kreuzer nach 20 und kleine nach 15 Jahren ersetzt werden können, müssen die Worte „in der Regel" eingeschaltet werden. Was ferner die siebenjährige Erfüllungsfrist der Neubauten anlange, so würden Verschiebungen der in den Motiven beigebrachten Tabelle unvermeidlich sein. Also vor Ueberraschungen würden wir auch in Zukunft nicht sicher sein. Die Technik mache zudem immer weitere Fortschritte. Also wenn der Reichstag auf sieben Jahre gebunden werden solle, dann müßten sich auch die verbündeten Regierungen verpflichten, nicht mehr Geldmittel zu beanspruchen, als jetzt angegeben werde. Es wäre richtig, die Gesammtsumme festzulegen und über die Kosten etwa Folgendes im Gesetze selbst zu sagen: „die bis zum Jahre 1904 zu fordernden Mittel — 374 Millionenen an einmaligen und 28 Millioenen an dauernden Ausgaben — müssen bereit gestellt werden; wenn damit nicht ausgekommen wird, so soll eine Zurückstellung bis nach dem Jahre 1904 stattfinden."

Staatssekretär Tirpitz erwidert, die ganze Flottenvorlage sei für die verbündeten Regierungen unannehmbar, wenn sie nicht in dem geforderten Umfange und bis zum Jahre 1904 bewilligt werde. Gegen eine andere Fassung würde nichts eingewendet werden, wenn der Zweck des Gesetzes selbst nicht in Frage gestellt werde. Die Formationen müßten, wie geplant, durchgeführt werden. Was die Geldmittel anlange, so sei man allerdings nicht sicher davor, daß die Preise für Material und die Löhne eine Erhöhung erfahren könnten. Die Ansätze beruhen natürlich auf Schätzungen, eine absolut sichere Zusage lasse sich nicht geben, da es eben auf die Konjunkturen ankomme.

v. Bennigsen: Der Zeitpunkt einer gesetzlichen Regelung ist gekommen, nachdem wir 30 Jahre der Versuche hinter uns haben. Allerdings halte auch ich eine präzisere Fassung für erforderlich, damit für später verschiedene und sich widersprechende Interpretationen ausgeschlossen sind. Die Geldforderung bis 1904 darf selbstverständlich eine bestimmte Maximalhöhe nicht überschreiten.

Richter: Wie es scheint, nimmt sich das Zentrum der Regierungsvorlage mit Wärme an. Unter den Lieber'schen Vorschlägen ist von materieller Bedeutung nur die vorgeschlagene Art der Limitirung. Die übrigen Vorschläge sind nur redaktioneller Art und für die Regierung wohl annehmbar. Mit einem Pauschquantum ist wenig erreicht, auch früher seien wiederholt neben dem Pauschquantum besondere Bewilligungen erfolgt. Uebrigens irrt Dr. Lieber: ich habe niemals die Forderung der Vorlage als verfassungswidrig bezeichnet. Der Artikel 71 beruht auf einem Kompromiß. Man darf nicht vergessen, daß 1867 die gesammte Linke nur über eine Mehrheit von etwa sechs Stimmen verfügte. Die Vorlage enthält nun einmal eine Bindung des Reichstages, das hat der Reichskanzler selbst zugegeben.

Bebel bekämpft die Vorlage auf das Entschiedenste. Der Referent Abg. Dr. Lieber habe heute seine innern Anschauungen enthüllt. Redner bestreitet, daß die Schlachtflotte ihre Aufgaben, wie erwartet, erfüllen werde. Die deutschen Küsten schützen sich selbst, das habe Admiral Hollmann zugegeben, der sich auch gegen eine Bindung auf mehrere Jahre ausgesprochen habe. Aus der Aera der Versuche seien wir noch nicht heraus. Windthorst sei stets gegen eine Einschränkung des Etatsrechtes des Reichstages gewesen.

Graf Arnim (RP.) erinnert daran, daß im Jahre 1848 vom Marineausschuß der Nationalversammlung die Nothwendigkeit erkannt worden sei, der zu schaffenden Marine einen bestimmten, von jeweiligen Majoritätsschwankungen unabhängigen Plan zu Grunde zu legen, da die umfangreiche Schöpfung einer Marine nur gelingen könne, „wenn ihre verschiedenen Theile mit unwandelbarer Stetigkeit nach einem Plane und mit getreuem Festhalten an den vorzuzeichnenden Grundlinien angegriffen und durchgeführt werden." Das sei zu einer Zeit gesagt worden, wo das „souveräne Volk" nicht an einem Titelchen seiner Grundrechte hätte rütteln lassen. Die englische Defens-Akt gebe der Regierung viel mehr Rechte als die deutsche Regierung verlange. Die deutsche Regierung sei in Bezug auf Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte viel entgegenkommender als die englische. Er hoffe, daß die Kosten gründlich geprüft und erwogen seien, so daß man mit der geforderten Summe auskomme. Die 7 Jahre erscheinen den Flottenfreunden als lange Zeit, über diesen Zeitpunkt hinaus dürfe man unter keinen Umständen warten.

D. Hammacher macht Bebel auf die Bedenken einer öffentlichen Verhandlung über die Schutzlosigkeit unserer Seeküste aufmerksam und empfiehlt die Grundgedanken der Vorschläge des Referenten. Was Dr. Lieber wolle, sei im Wesentlichen eine Nachbildung des englischen Flottengesetzes von 1889 und biete eine erwünschte Garantie gegen eine unerwartete Belastung des Reiches. Das Entgegenkommen des Staatssekretärs Tirpitz sei um so mehr zu begrüßen, weil mit der Möglichkeit gerechnet werden müsse, daß Ersatzboote in erhöhter und nicht vorauszusehender Zahl nothwendig werden, deren Kosten ebenfalls aus den in das Gesetz eingestellten Gesammtsummen bestritten werden müssen, wenn der Reichstag keine besonderen Mittel dafür bewilligt.

Dr. v. Jazdzewski (P.) erklärt Namens seiner Fraktion sich gegen die Vorlage. Die Fraktion habe einstimmig sich gegen das Gesetz erklärt. In Bezug auf die Abstimmung in der Spezialberathung sei ihm von der Fraktion freie Hand gelassen worden.

Müller-Fulda (Z.) bedauert diese Haltung der Polen und stimmt im Uebrigen den Ausführungen Dr. Liebers bei. Er hofft, daß man mit der geforderten Summe auskommen werde, und wenn nach den Lieber'schen Anträgen eine präzisere Fassung beschlossen würde, könne das Gesetz sehr wohl zur Verabschiedung gelangen.

Hierauf trat eine zweistündige Pause in den Berathungen ein.

In der Nachmittagssitzung wurde die Berathung der Flottenvorlage fortgesetzt. Referent Dr. Lieber ging zur Deckungsfrage über und erbat Auskunft darüber, wie sich die finanzielle Lage des Reiches in den nächsten sieben Jahren voraussichtlich gestalten würde. Wichtig sei namentlich auch, zu wissen, ob sich neue Einnahmequellen erschließen würden. Seien neue Mittel erforderlich, so müsse sich die Kommission schon heute damit befassen, vielleicht in der Form einer Resolution. Nur leistungsfähige Schultern dürften eventuell belastet werden. Man müsse die Einkommen von 10 000 Mk. an heranziehen. Diese Kreise würden im Bedarfsfalle sicherlich ihre jubelnde Zustimmung gern in eine klingende umsetzen. Wir müssen jedenfalls gegen finanzielle Ueberraschungen uns sichern.

Staatssekretär Freiherr von Thielmann: Die Hauptfrage sei, werde das deutsche Volk in den nächsten 7 Jahren reich genug sein, die Kosten aufzubringen. Von den größeren Kulturstaaten gebe das Reich, mit Ausnahme von zweien, für Heer und Marine weniger aus als die anderen Staaten. Er wolle seinen Ausführungen das Budget des laufenden Jahres zu Grunde legen. Wir leben in einer Zeit des Ueberflusses. Ein Absteigen sei nicht bemerkbar, schwerlich auch zu befürchten. Der gegenwärtige Zustand sei als ein Niveau zu betrachten, auf dem man weiter arbeiten könne. Die Ergebnisse der letzten Jahre seien auch maßgebend für die nächsten sieben Jahre. Die Kosten der Flottenvorlage für die drei ersten Jahre seien aus den Ueberschüssen neben den Kosten für das Artillerie-Material vollständig gedeckt. Ebenso sei für die folgenden 4 Jahre Deckung vorhanden. Die Marinevorlage erschöpfe nur einen Theil der Ersparnisse und diese würden sich bei der gesunden Entwicklung des Reiches noch vermehren. Außerdem sei mit der Vermehrung der Bevölkerung zu rechnen, und die Steuerkraft des Einzelnen habe während der Dauer des Deutschen Reiches stetig zugenommen.

Müller-Fulda (C.) weist auf das Anwachsen der Ausgaben auf anderen Gebieten hin, z. B. bei der Alters- und Invaliditätsversicherung, wo der Beharrungszustand noch lange nicht eingetreten sei. Mit der Zeit werde vielleicht auch ein neues Gewehr Mehrausgaben verursachen. Auch an die Ausgaben für Uebungsplätze erinnere er. Es würden also ganz erhebliche Anforderungen an den Etat gestellt werden und ohne neue Steuern würde man kaum auskommen.

Staatssekretär v. Thielmann: An eine Aenderung der Gewehre und Aenderung der Festungsbauten werde jetzt nicht gedacht. Soviel er wisse, würden auch keine neuen Steuern erforderlich sein.

Richter: Unsere Anleihen zeigen doch ein fortwährendes Wachsen der Schulden, wir haben keine balancirten Etats.

Dr. Paasche ist der Meinung, daß wir nicht nöthig haben, wie Abg. Müller-Fulda, schwarz in die Zukunft zu blicken. Er sucht dies vornehmlich aus den wachsenden Einnahmen der Zölle zu beweisen.

Unterstaatssekretär Aschenborn sucht zahlenmäßig nachzuweisen, daß keinerlei finanzielle Bedenken gegen die Flottenvorlage sprechen.

Bebel beantragt, für den Fall der Annahme des Gesetzes folgenden § 8 anzufügen: „Soweit durch dieses Gesetz die Ausgaben des Marineetats über die Ausgaben desselben Etats für das Etatsjahr 1897/98 sich erhöhen, ist das Mehr dieser Ausgaben vom Etatsjahr 1899 ab auf dem Wege einer progressiven Reichseinkommensteuer aufzubringen, der Diejenigen unterworfen sind, die ein jährliches Einkommen von über 6000 Mk. beziehen. Die Normirung der Steuersätze und die Bestimmungen über die Erhebung der Steuer erfolgen durch ein besonderes Gesetz."

v. Kardorff: Einer Reichseinkommensteuer würden die verbündeten Regierungen niemals zustimmen. Dagegen empfehle sich der Anleihekredit, damit nicht so viel deutsches Geld in's Ausland gehe.

Dr. Paasche ist gegen den Antrag Bebel, der nur das Gesetz zu Falle bringen wolle. Unterstaatssekretär Aschenborn hält es nicht für rathsam, eine größere Anleihe aufzunehmen. Korreferent v. Massow ist durch die regierungsseitig abgegebenen Erklärungen durchaus befriedigt. Abg. Werner (Ant.) hält durch den Antrag Lieber die etatsrechtlichen Bedenken für beseitigt und glaubt nach Annahme des Antrages die Zustimmung seiner politischen Freunde in Aussicht stellen zu können. Eine Resolution bezüglich der Kosten hält er aber für wünschenswerth.

Dr. Hammacher: Eine Reichseinkommensteuer ist an und für sich ein gerechter und unter Umständen erwünschter Weg zur Deckung von Reichsausgaben. Die

Verfassung des Reiches gestattet die Einführung dieser Steuer aber nicht. Am allerwenigsten kann sie blos zur Beschaffung der Mittel für die Flottenvermehrung angestrebt werden. Auch ist es unmöglich, im Gesetz zu bestimmen, daß die Einzelstaaten die Mittel für Matrikularumlagen durch Einkommensteuer aufbringen. Grundsätzlich glaube ich, daß Steuern überhaupt nach der Steuerkraft erhoben werden sollen. Die Einkommen der Reichsangehörigen, mit Ausnahme der Landwirthschaft, haben sich während der letzten Jahre in allen Gesellschaftsklassen gehoben. Insbesondere ist die Konsumtion von Genußmitteln aller Art gewachsen und dadurch die Gewohnheit zur Befriedigung von Bedürfnissen hervorgerufen, welche die Erhaltung und Steigerung unserer Zolleinnahmen aus der Einfuhr von Kaffee, Thee, Fleisch u. s. w. erwarten lassen. Ich glaube deshalb, daß die Einnahmen des Reiches aus den jetzigen Quellen ausreichen, den Mehrbedarf für die Flotte zu decken. Eventuell müssen die Matrikularumlagen erhöht, oder eine Anleihe kontrahirt werden. Den letzteren Weg hat England aus ähnlicher Veranlassung 1889 beschritten.

Nach einem Schlußwort von Dr. Lieber wird die Generaldiskussion geschlossen und die nächste Sitzung auf Mittwoch, 2. März, anberaumt, wo in die Spezialdebatte eingetreten werden soll.

* * *

Die Vorschläge des Referenten Abg. Dr. Lieber sind inzwischen formulirt und gedruckt worden. Danach beantragt Dr. Lieber für die Flottenvorlage folgende Fassung:

§ 1.

1. Der Schiffsbestand der deutschen Flotte wird, abgesehen von Torpedofahrzeugen, Schulschiffen, Spezialschiffen und Auslands-Kanonenbooten, festgesetzt auf:

a) verwendungsbereit:
- 1 Flottenflaggschiff,
- 2 Geschwader zu je 8 Linienschiffen,
- 2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzerschiffen,
- 13 Panzerkanonenboote,
- 6 große Kreuzer } als Aufklärungsschiffe der
- 16 kleine Kreuzer } heimischen Schlachtflotte,
- 3 große Kreuzer } für den Auslandsdienst;
- 10 kleine Kreuzer }

b) als Material-Reserve
- 2 Linienschiffe,
- 3 große Kreuzer,
- 4 kleine Kreuzer.

2. Von den am 1. April 1898 vorhandenen und im Bau befindlichen Schiffen kommen auf diesen Sollbestand in Anrechnung:
- als Linienschiffe 12,
- als Küstenpanzerschiffe 8,
- als Panzerkanonenboote 13,
- als große Kreuzer 10,
- als kleine Kreuzer 23.

3. Die Bereitstellung der Mittel für die zur Erreichung des Sollbestandes (Ziffer 1) erforderlichen Neubauten unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushaltsetat mit der Maßgabe, daß die Fertigstellung des gesetzlichen Schiffsbestandes thunlichst bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1904 durchgeführt werden kann. —

§ 2.

Die Bereitstellung der Mittel für die erforderlichen Ersatzbauten unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat mit der Maßgabe, daß in der Regel
- Panzerkanonenboote nach 30 Jahren,
- Linienschiffe und Küstenpanzerschiffe nach 25 Jahren,
- große Kreuzer nach 20 Jahren,
- kleine Kreuzer nach 15 Jahren

ersetzt werden können.

Die Fristen laufen vom Jahre der Bewilligung der ersten Rate des zu ersetzenden Schiffes bis zur Bewilligung der ersten Rate des Ersatzschiffes.

Abweichungen von bevorstehender Regel bedürfen der Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages.

§ 3.

Die Bereitstellung der Mittel für die Indienststhaltungen der heimischen Schlachtflotte unterliegt der jährlichen Festsetzung durch den Reichshaushalts-Etat mit der Maßgabe, daß im Dienste gehalten werden können:

a. zur Bildung von aktiven Formationen:
- 9 Linienschiffe,
- 2 große Kreuzer,
- 6 kleine Kreuzer;

b. als Stammschiff von Reserveformationen:
- 4 Linienschiffe,
- 4 Küstenpanzerschiffe,
- 2 große Kreuzer,
- 5 kleine Kreuzer;

c. zur Aktivirung einer Reserveformation auf die Dauer von 2 Monaten:
- 2 Linienschiffe oder Küstenpanzerschiffe.

In § 4 soll eingefügt werden, daß unter Kanonenbooten sowohl Panzer- als Auslands-Kanonenboote zu verstehen sind.

Die §§ 5 und 6 der Vorlage betreffen den Personalbestand und sollen unverändert bleiben.

Hinzugefügt soll folgender neuer Abschnitt IV „Kosten" werden:

§ 7. Die bis zum Jahre 1904 einschließlich zur Ausführung dieses Gesetzes anzufordernden Mittel müssen nur bis zum Gesammtbetrage von 474 Millionen Mark an einmaligen Ausgaben und 28 Millionen Mark Steigerung gegen das Rechnungsjahr 1897 an fortdauernden Ausgaben bereitgestellt werden.

Soweit sich das Gesetz mit vorstehenden Mitteln bis zum Ablaufe des Rechnungsjahres 1904 nicht durchführen läßt, ist die Ausführung bis über das Jahr 1904 hinaus zu verschieben.

Hinein in den sozialdemokr. Verein!

Das feudale Junkerthum und die gesammte Kapitalistenklasse sind an der Arbeit, um die geringen politischen Rechte des Volkes zu vernichten und einen großen Beutezug auf seinen Geldbeutel zu unternehmen. Die Regierung ist diesen Elementen nicht nur eifrig zu Willen, sie sucht durch eine abenteuerliche auswärtige Politik die Aufmerksamkeit des Volkes von den immer unhaltbar werdenden inneren Zuständen des Reiches abzuwenden.

In dieser Zeit der wirthschaftlichen und politischen Reaktion ist ein fester Zusammenschluß aller wirklich freiheitlich gesinnten Männer zur absoluten Nothwendigkeit geworden. Der

sozialdemokratische Verein zu Lübeck

ist von jeher für die Rechte der unterdrückten Volksklassen energisch eingetreten, er repräsentirt die lokale Organisation der sozialdemokratischen Partei im Wahlkreise Lübeck.

Parteigenossen, Arbeiter! Es ist nothwendig, daß wir schon jetzt zu den nächsten Wahlen rüsten, denn der Kampf wird diesmal noch viel heißer als früher werden. Wir fordern daher alle Diejenigen, die mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie einverstanden sind, auf, unserem Vereine beizutreten und so durch Leistung des geringen regelmäßigen Monatsbeitrages von 20 Pfennigen unsere Kampffähigkeit zu erhöhen.

Aufnahmen finden statt bei dem Kassirer

Gustav Kühler, Böttcherstr. 18,

und in den am ersten Montag nach dem Ersten eines jeden Monats im

Vereinshaus, Johannisstr. 50,

stattfindenden Mitgliederversammlungen.

Hinein in den sozialdemokr. Verein!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zum Flottengesetz schreibt die „Köln. Volksztg.": „Verweigert die Regierung jede Rücksichtnahme auf die budgetrechtlichen Bedenken des Centrums, so will sie aus allgemein politischen Gründen den Konflikt mit der Fraktion. Damit wäre dann zugleich ein Schlaglicht auf die „Politik der Sammlung" geworfen, das auch für die harmlosesten und vertrauensseligsten Gemüther die innerpolitische Lage bengalisch beleuchten würde."

„Vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes" liest die „Kreuzztg." dem Abg. Rösicke wegen seiner am Donnerstag im Reichstage gehaltenen Koalitionsrechts-Rede die Leviten. Der „Standpunkt des gesunden Menschenverstandes" ist ihr der Standpunkt des Freiherrn von Stumm; sie behauptet, dieser Herr habe Recht, wenn er meint, daß die Zulassung von Berufsvereinen „den allerhöchsten Ansichten widerspreche". Dann fährt das Junkerblatt fort:

„Wenn der Abg. Rösicke dies mit der Bemerkung bestritt, daß in den Erlassen allerdings auf gesetzliche Maßnahmen hingewiesen werde, so ist damit weder über den Inhalt dieser Maßnahmen, noch über den Zeitpunkt, wo sie getroffen werden müßten, irgend etwas gesagt. Vom Standpunkte des gesunden Menschenverstandes versteht es sich aber ganz von selbst und brauchte Herrn Rösicke keinesfalls zu frappiren", daß die Erfahrung dabei vor Allem zu Rathe gezogen werden muß, und daß es keineswegs gleichgültig sein kann, wie sich die hier vor Allem in Betracht kommenden Elemente, d. h. die Industriearbeiter, zur Sozialreform und den auf diesem Gebiet vom Staat in ihrem Interesse unternommenen Leistungen stellen, ob sie dankbare Anerkennung dafür zeigen, oder ob sie sich in dem Zauberkreise einer revolutionären, gegen die Grundlagen der Gesellschaft selbst gerichteten Bewegung gefangen halten lassen."

Natürlich, das ist der alte Standpunkt einer anmaßenden und frivilen Ordnungs-Demagogie: die Arbeiter sollen für die Linsengerichte der gouvernementalen Sozialpolitik „dankbar" sein, indem sie sich der Vormundschaft der herrschenden Faktoren fügen und Verzicht leisten auf die wichtigsten ihrer staatsbürgerlichen Rechte. Was brauchen die Arbeiter das Koalitiosrecht, wenn sie das Wahlrecht zum Reichstage haben?

Die Zeitungen nach dem Herzen Stumm's. Unter diesem Titel giebt H. v. Gerlach in dem seit Kurzem in Stuttgart erscheinenden „Pol. Wochenblatt" eine überaus interessante Charakteristik der verschiedenen Schleifsteine in Berlin, Hamburg, Saarbrücken, Breslau und Leipzig. Wir entnehmen dem „Pol. Wochenblatt" einen Theil dessen, was dort über die „Post" gesagt ist:

„Die „Post" ist von Jahr zu Jahr, von Chefredakteur zu Chefredakteur immer tiefer heruntergeglitten. Der alte Kayßler hatte als Chefredakteur noch hier und da offen hervortretende Unabhängigkeitsregungen. Sein Nachfolger Grodde ck protestirte wenigstens noch in seinem Innern gegen manches, was er unter seinem Namen in die Welt gehen lassen mußte. Der jetzige Chefredakteur Kronsbein — ja nun, der Mann ist direkt vom freisinnigen „Rheinischen Kourier" zur erzreaktionären „Post" übergegangen.

Inzwischen ist Freiherr von Stumm absoluter König über die „Post" geworden, geistig jedenfalls völlig, ob auch finanziell, steht nicht fest. Der Geist des Hasses gegen alle freiheitlichen und sozialen Bestrebungen, der ja immer die Spalten des freikonservativen Blattes durchdrang, hat sich potenzirt. Bezeichnend ist, daß die sozialen Pastoren und Professoren, die National Sozialen und Christlich Sozialen, ja selbst die Sozial Konservativen à la Berlepsch mit noch größerer Feindseligkeit verfolgt werden als selbst die Sozialdemokraten. Die Preßübersicht, die niemals auch nur den Versuch der Unparteilichkeit machte, ist neuerdings einerseits dürftiger und andererseits noch tendenziöser geworden. Uebrigens halten viele nichtfreikonservative Leute, namentlich hochkonservative, die „Post" gerade wegen dieser Preßübersicht. Sie bilden sich ein, dadurch einen unbefangenen Ueberblick über die Preßstimmen der verschiedensten Richtungen zu erhalten. Die guten Seelen! Journalistisch ist die „Post" so zurückgegangen, daß sie heute schon beinahe mit der „Kreuz-Zeitung" in Bezug auf technisches Ungeschick konkurriren kann. Was man sachlich von dem Blatt zu halten hat, geht schon daraus hervor, daß sie die Unbilligkeit zum Prinzip erhoben hat, Versammlungsberichte über gegnerische Versammlungen entstellt, Berichtigungen nicht oder nur verstümmelt aufnimmt, eigene falsche Sachdarstellungen selbst dann unberichtigt läßt, wenn sie sich von ihrer Unrichtigkeit hat überzeugen müssen und schließlich die Kunst des Todtschweigens mit einer Virtuosität ohne Gleichen ausübt.

Zur Lieber'schen Flottenvorlage bemerkt der „Vorw." Diese „Abänderungsanträge" des Dr. Lieber erweisen sich als nichtiger Schein. Thatsächlich bewilligt damit Dr. Lieber alles, was die Regierung verlangt hat.

Er bewilligt die Schiffsforderungen im ganzen Umfange.

Er bewilligt eine Milliarde (im obigen § 7 sind die fortdauernden Ausgaben nicht aufgeführt) für den Zeitraum von nur 7 Jahren.

Er bewilligt das Septennat, d. h. er legt das Bewilligungsrecht des Reichstages auf 7 Jahre lahm, er bindet den nächsten und zweitnächsten Reichstag in seinen Entschlüssen.

Ja, wie es den Anschein hat, wird nicht einmal dafür Fürsorge getroffen werden, daß die neuen Lasten der Flottenrüstungen nicht den Armen, sondern den Vermögenden auferlegt werden, wie es der sozialdemokratische Antrag fordert.

Der Handel zwischen Regierung und Zentrum ist so gut wie fertig. In diesem Handel braucht nicht Zug um Zug, Leistung gegen Leistung gegeben werden. In diesem politischen Handel erweist sich das Zentrum mehr als ja reif, Regierungspartei zu spielen und ihr Lohn wird ihm dafür werden in allerlei Gestalt.

Einst stand das Zentrum in Militär- und Marinefragen in Opposition. Jetzt ist es Chorführer geworden in der völkerverderbenden Kriegsführungspolitik. Noch vor Jahresfrist kämpfte es voll Eifer, um der Regierung wenigstens zwei Kreuzer weniger zu bewilligen. Jetzt giebt es nicht nur der Regierung alles, was sie verlangt, sondern unendlich viel mehr, als sie je früher verlangt hatte, jetzt giebt es zugleich die elementarsten Volksrechte preis.

Einst war es die Aufgabe der Nationalliberalen, Regierungspartei zu spielen und die Volksinteressen systematisch zu vernachlässigen. Jetzt ist das Zentrum nationalliberal geworden, jetzt führt Herr Dr. Lieber das Wort und Herr v. Bennigsen ist Nebenfigur. Jetzt bilden Tirpitz und Lieber die Handelsfirma und die Nationalliberalen und Konservativen sind die Kompagnons der feinen Firma.

Jedoch, so schön es für die Zentrumspatrioten sein mag, von der Regierungssonne gewärmt zu werden, es bleibt nicht ungestraft. Je mehr Regierungspartei, um so weniger Volkspartei. Je mehr Herr Lieber mit der militärischen Reaktion, die zugleich die kapitalistische Reaktion ist, durch Dick und Dünn geht, um so weiter entfernt er sich von den Empfindungen und Wünschen des arbeitenden deutschen Volkes.

Und dieses deutsche Volk wird das letzte Wort haben. Es wird sein Verdikt abgeben über diejenigen, welche die endlosen Kriegsrüstungen immer weiter pflegen, stets wachsende Steuerlasten bewilligen und die parlamentarischen Grundrechte verrathen!

Schweden.

Mit der fakultativen Einführung der Zivilehe beschäftigte sich dieser Tage der Reichstag. Die erste Kammer lehnte den Antrag ohne Debatte ab. In der zweiten Kammer dagegen entstand eine längere Debatte. Der Antragsteller Waldenström begreift nicht, warum nicht fakultative Zivilehe denen gestattet sein soll, die von der Kirche nichts wissen wollen. Der Zwang der kirchlichen Trauung könne auf diese Leute nur erbitternd wirken. Gebe es in Schweden doch allein 100 000 Anhänger der Freireligiösen Gemeinden und dazu käme alle die Anderen, die zwar nominell zur Staatskirche gehören, aber zu ihr gar keine Fühlung haben. Auch zahlreiche andere Redner sprachen sich für den Antrag aus. Aber Pastor Hazén war empört, daß man von Zwangsehe gesprochen hatte. Im Uebrigen suchte er durch Zitate aus Paulus die Verwerflichkeit der Zivilehe nachzuweisen. Der Antrag wurde schließlich mit 12

Stimmen gegen 81 angenommen; das hat aber, da das Oberhaus ablehnt, vorläufig keine praktische Wirkung.

Frankreich.

Nachklänge zum Zola-Prozeß. Eine amtliche Note der „Agentur Havas" besagt, daß Oberst Picquart pensionirt werden wird. — Lieutenant Chaplain, der an Zola ein Glückwunschschreiben richtete, wird zur Disposition gestellt werden. — Der Professor der polytechnischen Schule, Grimaux, wird pensionirt werden. — Das Ministerium Meline maßregelt die Mißliebigen, die den Muth der eigenen Meinung haben. — Im „Temps" spricht der Obmann des Schwurgerichtes, das Zola verurtheilt hat, seine Anschauungen über den Prozeß und die Gründe aus, die ihn und seine Kollegen auf der Geschworenenbank geleitet haben. Der Obmann heißt Destrieux und ist ein großer reicher Holzhändler in der Rue La Chapelle. Er erklärte: „Die Frage, die uns vorlag, war ganz einfach: Hat Zola die Chefs unserer Armee beleidigt oder nicht? Wir hatten uns nicht damit zu beschäftigen, ob Dreyfus schuldig sei oder unschuldig, ob Esterhazy das Bordereau geschrieben hat oder nicht, ob das Kriegsgericht von 1894 legal oder illegal geurtheilt hat. Wir ließen die Frage Dreyfus ganz beiseite, und im Augenblicke der Urtheilsberathung suchten wir aus unserem Gedächtnisse alles zu entfernen, was in der Verhandlung über die Affäre Dreyfus vorgekommen ist. Zola hat den Generalstab beleidigt. Wir hätten so auch geurtheilt, wenn die Angriffe gegen irgend welche andere Individuen gerichtet gewesen wären. Zola hat keinen formellen Beweis für seine beleidigenden Behauptungen erbracht." Sodann sagte Destrieux: „Wir hatten uns nicht mit der Frage der Revision des Dreyfus-Prozesses zu beschäftigen. Es giebt gesetzliche Wege, welche die Vertheidiger des ehemaligen Kapitäns einschlagen könnten, und ohne Zweifel werden sie diesen Weg nächstens betreten. Ich glaube selbst, daß sie Erfolg haben werden. Lassen Sie mich Ihnen gestehen, daß ich es lebhaft wünsche."

Italien.

Zur Lage wird der „Voss. Ztg." aus Rom, 21. Febr., gemeldet:

„Die durch die Brodtheuerung in verschiedenen Landestheilen hervorgerufenen Straßenunruhen sind, zum Theil durch Waffengewalt, zum Theil durch die Ermäßigung des Getreidezolles und durch behördliche Vorkehrungen zum Besten der Nothleidenden bald aus der Welt geschafft worden. Man würde sich aber täuschen, wollte man glauben, daß die Unzufriedenheit, die Gährung und die Gefahr neuer heftiger Ausbrüche der Leidenschaft unter den bedrängten Klassen und Bevölkerungen beseitigt wären. In Sizilien häufen sich im Gegentheil die Anzeichen einer sich weiter verbreitenden und bedrohlicher werdenden Mißstimmung. Nach manchen Blättern ist das Elend wieder so groß, daß ein geringer Anstoß genügen würde, um die Flamme des Aufruhrs anzufachen. Der neueste blutige Zusammenstoß zwischen erregten Volkshaufen und der bewaffneten Macht wird (wie schon drahtlich kurz berichtet wurde) aus Troina in der Provinz Catania (Kreis Nikosia) gemeldet. Der Ort hat 10 000 Einwohner, die zum größten Theil von der Landwirthschaft leben. Sehr viele sind Tagelöhner und der ganzen Ungunst der Verhältnisse wehrlos preisgegeben, welche die Lage des Landvolkes in Sizilien zu einer kaum noch erträglichen macht. Die ungenügende Ernte des vorigen Sommers und die Arbeitslosigkeit vereinigten sich mit der Härte des Winters, um die Noth zu steigern. Ein Theil der Bewohnerschaft von Troina hatte geradezu mit dem Hunger zu kämpfen und ließ sich am vorigen Freitag zu Bedrohungen der Besitzenden und der Gemeindevertretung fortreißen. Eine mit Aexten, Säbeln, Sensen und Flinten bewaffnete Menge rottete sich auf dem Stadtplatze zusammen und zog unter wildem Geschrei vor die Wohnungen und Geschäftsräume verschiedener Korn- und Mehlhändler, Bäcker und wohlhabender Privatleute, um gewaltsam Geld- und Kornvertheilungen zu erzwingen. Die Bemühungen des Polizeikommissars, die Leute zur Vernunft zu bringen, waren fruchtlos. Seine Ankündigung, daß er dem Gesetze Achtung verschaffen müsse, wurde mit Hohn und Drohungen beantwortet. Die Schutzleute und ein herbeigerufenes Militärkommando wurden zuerst mit Steinen beworfen! dann drang die wüthende Menge mit den Waffen auf sie ein. Es blieb nichts übrig (???), als Feuer zu geben; wie es heißt, wurden über 30 Personen verwundet und vier getödtet. Viele Betheiligte sind, um der Verhaftung zu entgehen, in die Berge geflohen und werden sicher nicht dazu beitragen, die Sicherheitszustände, die viel zu wünschen übrig lassen, zu verbessern."

In der italienischen Kammer erklärte am Freitag der Unterstaatssekretär des Innern, Arcoleo, über die Vorfälle in Troina und Modica, daß diese Vorkommnisse vereinzelt seien und ohne jeden Zusammenhang. In den betreffenden Gebieten herrschten ganz besondere örtliche Verhältnisse und die Vorkommnisse seien hauptsächlich dem Widerstand gegen administrative Maßregeln zuzuschreiben.

Die Regierung will den Hunger der Bevölkerung nicht sehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

28. Februar.

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft von A. Deppert, obere Fleischhauerstraße Nr. 8, ist von den Schneidern Lübecks die Sperre verhängt.

Das Streikkomitee.
J. A.:
R. Schenk, Lederstraße.

Der angebliche nationalliberale Reichstagskandidat, Herr Direktor Gebhard, ist bereits Reichstags-Abgeordneter gewesen. Er vertrat von 1884 bis 1891 den 19. hannoverschen Wahlkreis Otternbdorf-Neuhaus und war Mitglied der nationalliberalen Partei, welche damals selbstverständlich auch bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes mit behülflich war. Sein Nachfolger war, als er 1891 sein Mandat niederlegte, um nach Lübeck überzusiedeln, Bismarck in höchsteigener Person. Seither ist er nicht in hervorragender Weise politisch thätig gewesen. Anzunehmen ist jedoch jedenfalls nicht, daß er den alten Adam ausgezogen und sich vom sozialistengesetzzeitlichen Nationalliberalismus zu freiheitlicheren Anschauungen bekehrt hat.

Agrarisches. Der Redakteur der „Deutschen Tageszeitung", Herr Dr. Oertel, sprach am Freitag Abend im „Concerthaus Fünfhausen". Aus der wenig Neues bietenden Rede sei erwähnt, daß der fromme Herr sich gegen die handwerkerfeindlichen Genossenschaften aussprach, 95 pCt. aller an der Börse abgeschlossenen Geschäfte Spielgeschäfte nannte und dasjenige, was die Börsenleute „Ausnutzung der Konjunktur" nennen, als Schwindel bezeichnete. — Ein Beschluß, wie unsere Bündler sich zu der Reichstagswahl stellen werden, wurde aus der Versammlung nicht kundgegeben. Vielleicht geht es ebenso wie im Fürstenthum.

Von der Koch'schen Werft. In der letzten Mitgliederversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter und Arbeiterinnen wurde lebhafte Klage geführt über Mißstände, welche auf der Werft herrschen sollen. So wurde es als auf die Dauer unerträglich bezeichnet, daß für eine ganze Reihe von Arbeitern (das Personal von drei Meistern) kein Raum vochanden sei, wo sie ihr Mittagessen zu sich nehmen könnten. Das müsse **im Freien** geschehen. Ebenso verhalte es sich mit den Räumen zum Aufbewahren der Kleidung. Man wisse nicht, wohin mit seinen Sachen. Wir wollen hoffen, daß diese kurzen Zeilen die Werftverwaltung veranlassen werden, Remedur zu schaffen. Vielleicht nimmt man sich einmal die Zeit, die entsprechenden Einrichtungen der Flensburger Werft in Augenschein zu nehmen, und schafft dann Aehnliches. Gleichzeitig erwarten wir, daß der Herr Fabrikinspektor gelegentlich einmal den hier laut gewordenen Beschwerden auf den Grund geht.

Aus der Haft entlassen sind die Arbeiter, welche im Zollschuppen Diebstähle verübt haben sollten. Gleichzeitig ist, wie man uns berichtet, ihnen mitgetheilt worden, daß das Verfahren gegen sie eingestellt sei. Damit fällt die sensationelle Angelegenheit, welche von der hiesigen Klatschpresse bereits weidlich aufgebauscht worden war, in sich zusammen.

Arbeiterrisiko. Auf der Eisenbahn Reparaturwerkstatt fuhr am Freitag Vormittag eine Rangirmaschine gegen einen Wagen, an dem der Tischler Mißfeld auf einer Leiter stehend beschäftigt war. M. wollte abspringen, blieb jedoch zwischen den Sprossen hängen und brach dabei den linken Unterschenkel im Fußgelenk.

* **Vermißt** wird seit Sonnabend Abend 5 Uhr eine junge kranke Frau, bekleidet mit schwarzem Jacket, grauem Kleid, schwarzem Filzhut mit Federn, schwarzem weißpunktirtem Schleier und schwarzem Muff. Dieselbe ist zuletzt in der Ratzeburger Allee in der Nähe vom „Weißen Engel" gesehen. Alle, welche irgendwie Auskunft über den Verbleib derselben geben können, werden gebeten, diesbezügliche Mittheilung an das Polizeiamt richten zu wollen.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen den Knecht eines Milchfuhrmanns, welcher einkassierte Gelder für sich verbraucht haben soll. — In Haft geriethen ein kürzlich aus dem Marstallgefängniß entlassener Gärtner, weil er in einem Blumengeschäft, in welchem er bettelte, sich der Beleidigung, der Bedrohung, der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs schuldig machte, und 6 Bettler.

Dummersdorf. Eine öffentliche Volksversammlung tagte am Sonntag Nachmittag im Lokale des Herrn Quitzau. Dieselbe war sowohl vom Orte wie aus den umliegenden Dörfern zahlreich besucht. Genosse Th. Schwartz sprach über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Socialdemokratie", indem er besonders die Flottenvorlage kritisirte und die Zollpolitik Deutschlands geißelte. Die gemeinverständlichen Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Mit einer Aufforderung, am Wahltage mit gleicher Stimmung an die Urne zu treten, konnte Genosse Kasch um 6½ Uhr die trefflich verlaufene Versammlung schließen.

Schwartau. Grundstücksverkauf. Durch Vermittlung des Maklers Heinr. Soroe kaufte Herr J. N. Nissen aus Lübeck das große weil. Dr. Hellweg'sche Grundstück.

Dassow. Objektive Berichterstattung. Ueber die Volksversammlung, welche am verflossenen Sonntag hier stattfand und in welcher auch die Genossen Bartels und Seß sprachen, brachte die „Eisenbahn-Zeitung" einen geradezu unerhört gehässigen und entstellten Bericht. Mit Recht beschweren sich Zuhörer über diese Art Journalisterei. Uns ist auch ein diesbezügliches längeres Schreiben zugegangen. Wir verzichten auf die Wiedergabe. Unsere Genossen werden sich, je näher der Wahltermin heranrückt, je mehr daran gewöhnen müssen, daß die Gegner die eigene Schwäche durch sinnlose Verdrehungen zu bemänteln suchen. Uns ist von ganz unparteiischen Ortseingesessenen versichert worden, daß die Versammlung eine für uns recht erfolgreiche gewesen sei. Das mag uns genügen. Das wüthende Bellen ohnmächtiger Kläffer beachtet man nicht, um ihnen nicht zuviel Ehre anzuthun. Wir sind kräftig genug, um auf andere Weise den gewerbsmäßigen Verläumdern unserer Partei ihr unsauberes Handwerk zu legen. Der „Eisenbahn-Zeitung" aber gönnen wir das kindliche Vergnügen, in auswärtigen Berichten das Gift abzulagern, welches sie im lokalen Theil seit geraumer Zeit aus wohlberechtigter Furcht nicht mehr zu verspritzen wagt. Sie scheint garnicht zu ahnen, wie lächerlich sie sich durch ein derartig durchsichtiges Gebahren macht.

Ratzeburg Lübecker Arbeiter-Vereine, welche im kommenden Sommer unsere Stadt zu besuchen gedenken, werden von den hiesigen Genossen gebeten, sich zuvor mit dem Genossen C. Wegner, Ratzeburg, Fünfhausen 225, in Verbindung zu setzen.

Hamburg. Juristenweisheit. Zwecks Bekämpfung der Senatsverordnung zum Schutze schulpflichtiger Kinder gegen übermäßige Ausbeutung führte der Rechtsanwalt und antisemitische Reichstagsabgeordnete Dr. Vielhaben vor Gericht u. A. aus:

„Das Verbot der Verwendung der eigenen Kinder im Gewerbebetriebe könne nie rechtsgültig sein, denn die Eltern seien zur Alimentirung ihrer Kinder verpflichtet und daher seien auch die Eltern berechtigt, ihre Kinder bei der Erwerbung der Mittel zum Lebensunterhalt zu verwenden."

Das ist eine prächtige Blüthe juristischer Logik! Wenn Jemand einen zum Ziehen schwerer Lasten ungeeigneten Hund vor eine schwerbeladene Karre spannt, wird er wegen Thierquälerei bestraft; muthen aber ein Vater oder eine Mutter ihrem kaum dem Säuglingsalter entwachsenen Kinde eine gleiche Arbeitslast zu, so sollen sie dazu berechtigt sein, von wegen der Alimentirung. Das ist echte und rechte Juristenlogik, die bekanntlich allen verknöcherten Juristenseelen dann am vollkommensten erscheint, wenn sie die gesunde Vernunft direkt auf den Kopf stellt!

Oldenburg (Großh.) Preußisch-reaktionäre Praktiken in Oldenburg. Bisher war man gewohnt, in dem Großherzogthum Oldenburg ein glückliches Ländchen zu sehen, welches mit Erfolg den preußisch-reaktionären Einflüssen zu widerstehen und sich eine Verwaltung nach modernen Grundsätzen zu erhalten vermochte. Jetzt hat aber die Regierung den Beweis geliefert, daß sie — freiwillig oder gezwungen — der Reaktion Heeresfolge leisten will. Das oldenburgische Ministerium hat nämlich der Wahl unseres Genossen Paul Hug (Herausgeber der „Nordwacht" und des „Norddeutschen Volksblatt") zum Beigeordneten der Gemeinde Bant ihre Genehmigung versagt. Das Ministerium hat diese Maßregelung damit begründet, daß es Bedenken tragen müsse, die Wahl zu bestätigen, weil der Gewählte ein wegen Beleidigung und Preßvergehen wiederholt bestrafter sozialdemokratischer Agitator sei. Diese Begründung ist nichts weiter als ein Feigenblatt, daß die politische Maßregelung des Sozialdemokraten verdecken soll. Hug hat das Amt, zu dem er jetzt plötzlich für unschuldig befunden wird, bereits seit verschiedenen Jahren verwaltet, und zwar zur Zufriedenheit seiner Mitbürger, wie sich daraus ergiebt, das ihm diesmal der Gemeinderath einstimmig wählte, nicht blos seine politischen Freunde, sondern seine entschiedenen politischen Gegner, und das nach einer Gemeinderathswahl, der ein scharfer Wahlkampf vorhergegangen war. Sie, die Gegner, haben Hugs Wahl für das Gemeindewohl ersprießlich gehalten in Anbetracht einer achtjährigen unparteiischen Thätigkeit. Das Ministerium, das diese Thatsachen auch weiß, versagt die Bestätigung unter Vorwänden.

Das Aufsehen wird am größten in Abgeordnetenkreisen sein, weil der Landtag seine Zustimmung zu dem Gesetz, das die Bestätigung der Beigeordneten für ihr Amt verlangt, nur gegeben hat aus Gründen, die nicht auf dem politischen, sondern auf einem ganz anderen Gebiete liegen. Das Gesetz wurde gemacht, weil in der frommen Gemeinde Damme im Amtsbezirk Vechta in der Gemeindeverwaltung haarsträubende Dinge vorgekommen sind. Dort hat ein wegen gemeiner Vergehen bestrafter früherer Gemeindevorsteher, der für dieses Amt unmöglich war, durch die gräulichste Wahlbeeinflussung es fertig gebracht, zum Beigeordneten gewählt zu werden, während der Gemeindevorsteher ein Strohmann in des Wortes vollster Bedeutung war, durch den der verbrecherische Beigeordnete nach wie vor in Damme regirte. Die guten Landboten waren empört über solche Korruption in einem Dorfe des frommen Münsterlandes und wollten diese Korruption in Zukunft unmöglich machen und das Prinzip der Selbstverwaltung rein erhalten. Daher begrüßten sie die Gesetzesvorlage des Ministeriums, ganz außer Acht lassend, in welchen Zeitläufen wir uns befinden und ohne zu bedenken, daß man wegen eines einzigen Mißbrauches die Selbstverwaltung nicht einschränken, das Kind nicht mit dem Bade ausschütten dürfe. Der Abgeordnete für Brake, Konsul Groß, sah die Gefahr und machte darauf aufmerksam, doch ließ auch er sich täuschen wie die Anderen sich täuschten.

Die Regierung aber benutzt ein Gesetz, das nach der Absicht des Landtages die Gemeinden vor gemeinen Verbrechern schützen sollte, dazu, politische Mißliebige zu maßregeln.

Rostock. Preßvergehen. Wegen angeblicher Beleidigung des Bürgermeisters König von Goldberg wurde Genosse Groth, als Verantwortlicher der „M. V. Z." zu 6 Wochen Gefängniß und sein Gewährmann, ein Töpfermeister, zu der gleichen Strafe verurtheilt.

Vereine und Versammlungen.

Eine öffentliche Kartellversammlung tagte am 26. Februar im Vereinshause. Die Kommission wurde durch die Wahl des Genossen Boysen ergänzt. (Derselbe wird den Schriftführerposten übernehmen). — Ein auf verbesserte Kontrole der Mitgliedschaft bezüglicher Antrag der Metallarbeiter ward nach längerer Diskussion als ungeeignet abgelehnt. — Das Anerbieten eines Solinger Genossen ward den Gewerkschaften zur Berücksichtigung überwiesen. — Eine Anfrage an die Werftarbeiter wegen falscher Berichterstattung an das Korrespondenzblatt der Generalkommission führte zu dem Beschlusse, die Angelegenheit durch die Kartellkommission untersuchen zu lassen. — Eine Anfrage der Maler wegen der Lohnkommission der Maurer und Zimmerer wurde vom Vorsitzenden beantwortet. — Eine lebhafte Debatte rief der Bericht der Herbergskommission hervor. Ein positives Ergebniß konnte jedoch angesichts der örtlichen Verhältnisse nicht erzielt werden. — Das Anerbieten eines Technikers, welcher populäre Experimental-Vorträge zu halten gedenkt, wurde einstweilen zurückgestellt.

Aus Nah und Fern.

Ein neues Grubenunglück meldet der Telegraph: In der Grube „Maria" bei Aachen wurden gestern durch Explosion schlagender Wetter drei Bergarbeiter getödtet und ebenso viel schwer verletzt. Die weiteren Einzelheiten fehlen bis jetzt noch.

Auf den preußischen Bergbau paßt das Dichterwort: „Opfer fallen hier, weder Lamm noch Stier, aber Menschenopfer unerhört!"

Stadttheater. Morgen, Dienstag geht neueinstudirt zum Benefiz für Herrn Arthur Saran die Oper „Der Rattenfänger von Hameln" in Scene. Diese Oper, seit vielen Jahren hier nicht gegeben, dürfte ein volles Haus erzielen, zumal es gilt, dem so beliebten und langjährigen Mitgliede unserer Bühne, Herrn Saran, der mit dieser Spielzeit von hier scheidet, um seinem Direktor nach Bremen zu folgen, die Sympathien, welche er sich in so reichem Maße errungen hat, durch zahlreichen Besuch zu beweisen. Am Mittwoch wird „Im weißen Rößl" gegeben.

Briefkasten.

H. N., Ernestinenstraße. Sie können wählen, sobald sie in die Liste eingetragen sind. Dabei ist es gleichgültig, wie lange sie an dem betr. Orte wohnen oder ob sie erst am Tage vor der Wahl 25 Jahre alt werden. Jeder, der am Wahltage 25 Jahre alt ist, hat selbstverständlich Wahlrecht, wenn es ihm nicht aus anderen Gründen abgesprochen wurde.

Quittung.

Für die Familien der Verurtheilten sind eingegangen:

Vom Hafen . . . . . 2,40 Mk.

Weitere Gelder nimmt gerne entgegen:

Die Expedition des Volksboten.
Johannisstraße 50.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 26. Februar

Der Schweinehandel verlief nur langsam.

Angetrieben wurden 260 Stück. Preise. Vollfleischige Schweine schwere 58–59 Mk., leichte 56–57 Mk., Sauen 49–54 Mk. und Ferkel 54–56 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. Luba, Lomer, ist am 27. Februar von Pillau nach hier abgegangen.

D. Zar, Eifers, ist am 27. Februar nach London abgedampft.

D. Gustaf Wasa, Blumenberg, ist am 27. Februar in Stockholm eingetroffen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Anna Sindt
Friedrich Graack
Verlobte.
Krempelsdorf. Lübeck.

Frau Fick zu ihrem Geburtstag ein donnerndes Hoch! **D. H.**

Zu vermiethen ein Logis für 2 Mann
Glockengießerstraße 16.

Gesucht eine Wohnung
im Preise von 140—160 Mk. von einem jungen Ehepaar (Burgthor oder dessen Nähe). Offerten unter **K P 27** an die Exped. d. Bl.

Eine Plätterin wünscht Beschäftigung
außer dem Hause. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Schöne Ferkel
zu verkaufen
Vorbeckstraße 24.

A. Ebel, Schuhmacher,
Kleine Burgstraße 35,
empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten prompt und billig.

Für die Werft!
Gutes Mittagessen à 50 Pfg.
Israelsdorfer Allee 24.

Billigste Bezugsquelle
Echt goldener Trauringe
hochf. moderne breite Facons, gesetzl. gestempelt, reizende Neuheiten in **Uhrketten, Medaillons, Armbändern, Colliers, Brochen, Ohrringen, Ringen u. s. w.**
Versilberte Bestecks u. Tafelgeräthe
vortheilhaft billig!
Altes Gold nehme in Zahlung.
Pforzheimer Goldwaarenfabrikniederlage
Lübeck, 13 obere Wahmstraße 13.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tag
obere Hundestraße 8
eine Colonial-, Fettwaaren-, sowie Bier- und Brodhandlung
eröffnet habe.
Indem ich gute Waare bei billigsten Preisen zusichere, bitte mich bei Bedarf gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Therese Otto Ww.
obere Hundestraße 8.

Der Korn-Kaffee von C. Stechmann, Krähenstr. 16
hat sich ohne Reklame durch seine Güte eingeführt. Jede Hausfrau sollte einen Versuch damit machen.
Zu haben in allen Colonialwaaren-Handlungen.

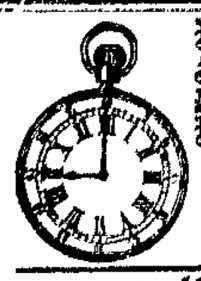
Achtung! Hausfrauen!
Beim Einkauf von **Margarine** bei mindestens 1 Pfund erhält Jeder ff. **Steingutgeschirr** (Teller, Tassen, Kaffeekannen 2c.) als Gratisbeigabe.
Ich empfehle die **hochfeine**
Margarine „Crême"
Pfd. 60 Pfg.
feine Tafel Pfd. 50 Pf.
Hochachtend **J. C. W. Blöss,** Kupferschmiedestraße 7.

Der gesunde und kranke Mensch.
Ein Lehrbuch
des menschlichen Körperbaues und ein ärztlicher Ratgeber
für alle Krankheitsfälle,
unter Berücksichtigung der erfolgreichsten Naturheilverfahren.
Unter Mitwirkung hervorragender Spezialisten
herausgegeben von
Dr. F. König.
Mit zahlreichen Illustrationen, farbigen Bildern und einem zerlegbaren Modell der Sinnesorgane in Buntdruck.
Zweite Auflage.
In 70 wöchentlichen Lieferungen à 15 Pfennige.
Prachtleinwandbecken à M. 1.20.
Komplet gebunden M. 12.50.
Dieses wertvolle Buch füllt eine längst empfundene Lücke in unserer Volksliteratur aus, da alle bisher erschienenen besseren populär-medizinischen Werke für die breiten Volksmassen im Preise viel zu hoch und daher für dieselben unerschwinglich waren. Ein gutes populär-medizinisches Volksbuch ist aber heute umso notwendiger geworden, als die Gesundheit in den Volkskreisen schon durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in der gefährlichsten Weise bedroht ist.
Zu beziehen durch die Expedition unseres Blattes.
Alle Austräger nehmen Bestellungen entgegen.

Verlag von M. Ernst, München.
Sammlung gesellschaftswissenschaftlicher Aufsätze.
Soeben erschienen! — Zweiter Neudruck!
Das Evangelium eines armen Sünders.
Von **Wilhelm Weitling.**
Mit einem Vorwort von **Eduard Fuchs.**
Elegant ausgestattet 127 S. broschirt 80 Pfg.
Der zweite Neudruck dieses eigenartigsten Werkes des ersten deutschen Kommunisten unterscheidet sich vom ersten durch Beifügung des ausführlichen und sehr interessanten historisch-biographischen Vorwortes, sowie durch elegantere Ausstattung in Druck und Papier, ohne daß dadurch der Preis erhöht wurde.
Wir vertreten in Theorie und Taktik heute einen von Weitling durchaus abweichenden Standpunkt, aber damit ist nicht gesagt, daß seine Schriften werthlos, ihr Studium Zeitverschwendung ist. Nein, im Gegentheile, wer die Entwickelung unserer Partei kennen lernen will, der darf es nicht unterlassen, die einzige nun einem größeren Leserkreise zugängliche Schrift zu lesen. („Vorwärts.")
Zu beziehen durch unsere Expedition, sowie durch alle Kolporteure.
Der Katalog über die bis jetzt erschienenen Bände der Sammlung wird auf Wunsch gratis und franco übersandt.

Grosse Auction!
am Dienstag den 1. März, Nachmittags 2½ Uhr
in der Hundestraße 41
über: Mobilien, Waaren aller Art, Eckschränke, Commoden, ein hochfeiner Blumentisch, eine Schatulle, Waschmaschinen, Bettstellen, ein Ladentisch, Betten, Spiegel, Ungarwein, Nothlampen, emaillirtes Geschirr, Spielsachen, Herrenhosen, Stoffe zu blauen Maschinisten-Anzügen, Haarpfeile, Kinderschuhzeug, Colonialwaaren, Rauchtabak, ca. 10 Mille ff. Cigarren, ein großer Posten guter Cigarretten, getragene Kleidungsstücke und verschiedenes nicht Genannte mehr.
Weitere Zusendungen werden Hundestr. 14 erbeten.
J. C. B. Schmehl,
Auctionator und Taxator.

Verband der Fabrik-, Land-, Hülfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlstelle Lübeck.)
Versammlung
am Dienstag den 1. März 1898
Abends 8½ Uhr
bei F. Leeke, Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung:
Kartellbericht.
Fragekasten.
Verschiedenes.
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nothwendig.
Die Ortsverwaltung.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. **0,30.**
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 32.

Gesangverein „Eintracht".
Ausserordentliche
General-Versammlung
am Sonnabend den 5. März
Abends 9 Uhr
im Vereinshaus, Zimmer Nr. 8.
Tages-Ordnung.
1. Lokalfrage. 2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Concordia-Garten.
Familien-Ball
am Mittwoch, den 2. März 1898.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Hierzu ladet ergebenst ein
F. Frahm.

Circus Variété
Reuterkrug.
Dienstag den 1. März:
Der 10. weltstädtische Spielplan.
Nur kurze Zeit. — Gastspiel von
La belle Vernois
die wirklich echte mit ihren berühmten bioplastischen Tableaux.
Arrangement vom Balletmeister **Rossi** von der Grand Opéra in Paris.
Nach Ausspruch
des Hr. Prof. Begas-Berlin
Das schönste Weib der Erde.
Dazu 10 allererste Attractionen.
U. A. Heinrich Kalnberg als Nordpolfahrer Andrè mit seinem Luftballon „Humor". (Wirkliche Luftballonfahrt).
Trotz des Vernois-Gastspiels keine erhöhten Preise.
Vorverkauf bei Herrn **Sager,** Am Kohlmarkt, **H. Borgwald,** Breitestraße und Vormittags an der Circuskasse.
Kinderbillets werden zu den Abendvorstellungen nicht ausgegeben.
Nur wenige Gastspiele. — Nur kurze Zeit
der epochemachendste Spielplan
der Saison.
Anfang des Concerts präc. 7½ Uhr.

Stadt-Theater.
Dienstag: Außer Abonnement.
Benefiz für Herrn Arthur Saran.
Der Rattenfänger von Hameln.
Große Oper in 3 Aufzügen von B. E. Neßler.
Mittwoch: 101. Abonn.-Vorst. 5. Abth. Blau.
Stürmischer Beifall! Beispielloser Lacherfolg!
Im weißen Röß'l.
Opernpreise.

Speise-Halle Hansa
Mengstraße 24.
Heute Dienstag: Griessuppe mit Aepfel, Mehlpudding, gekocht. Schinken, Kartoffeln, Fruchtsuppe.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 50. Dienstag, den 1. März 1898. 5. Jahrgang.

Chronik
auf das Jahr 1848.

29. Februar.

Bei der republikanischen Regierung in Paris läuft das folgende Schreiben Louis Napoleon's, des späteren Kaisers, ein:

„Das Volk von Paris hat durch seinen Heldenmuth die letzten Spuren der fremden Invasion getilgt. Ich eile aus meinem Exile herbei, um mich unter das soeben entrollte Banner der Republik zu stellen.

Ohne einen anderen Ehrgeiz, als den, meinem Vaterlande zu dienen, kündige ich den Mitgliedern der provisorischen Regierung meine Ankunft an und versichere sie meiner Anhänglichkeit an die von ihnen vertretene Sache, wie meiner Sympathien für ihre persönlichen Eigenschaften.

Empfangen Sie die Versicherung dieser Gefühle.

Paris, den 29. Februar 1848.

Louis Napoleon Bonaparte."

Auch in Berlin brachten die Nachrichten aus Paris eine ungeheure Aufregung hervor. An allen öffentlichen Orten sah man die Leute in Gruppen beisammen stehen, einer auf einem Stuhl oder Tisch und das Neueste aus Paris vorlesend. — In Berlin waren bereits seit dem 17. Januar die Ausschüsse des Vereinigten Landtages versammelt und in der Berathung eines neuen Strafgesetzbuches begriffen. Charakteristisch für den damals schon herrschenden Geist ist es, daß Camphausen, ein Führer der Liberalen, zum Präsidenten dieses Ausschusses gewählt wurde — worüber in Regierungskreisen starke Verstimmung herrschte. Als die Nachrichten von dem Siege der Revolution aus Paris kamen, hörte man, der König wolle den liberalen Forderungen Zugeständnisse machen, so z. B. die erbetene „Periodizität" des Vereinigten Landtages gewähren. — Ein Ministerrath, dem der König vorsaß, beschloß, alle militärischen Anstalten zu treffen, um dem Ueberfluten der Bewegung über die preußische Grenze entgegentreten zu können.

Im Schützenhaus zu Leipzig beschließt eine Bürgerversammlung eine Vorstellung an den König um Preßfreiheit und ein deutsches Parlament. Redner sind vor allem Arnold Ruge und Robert Blum. Die Buchhändler reichen eine nochmalige Erklärung „gegen die Schmach der geistesmörderischen „Zensur" ein. Sie sagen: Der Augenblick, wo die lebensunfähige Welt der Völker unterdrückenden, freiheitsfeindlichen Staatsweisheit von 1815 in ihren Angeln wankt, ermuthige sie zu der Erklärung, daß sie nicht mehr bitten mögen um ihr gutes Recht, daß sie aber die unausbleiblichen Folgen fernerer Rechtsverweigerung öffentlich und feierlich auf diejenigen wälzen, welche für Bitten und Mahnungen kein Gehör hatten. — Die Kreisdirektion in Leipzig läßt sämmtliche Zensoren zusammenberufen und verschärft ihre Vorschriften gegen leitende Artikel über die Pariser Ereignisse und über die Bewegungen in Baden und Hessen. — Abends tagt im Schützenhause ein großes Reformbankett.

Die badische Regierung hatte erkannt, daß sie wenigstens den gemäßigten Volkswünschen nachgeben müsse. Sie machte dem Bundestag nach Frankfurt Mittheilung, daß sie zu Konzessionen genöthigt sei. Ohne die Antwort abzuwarten, wurde am 29. der Ständekammer mitgetheilt, daß die Staatsleitung sich zur Einführung der Bürgerbewaffnung, der Schwurgerichte und zur Aufhebung der Zensur entschlossen habe. — Für den anderen Tag wurden Deputationen aus allen Theilen des Landes erwartet, und durch die vorherige Billigung der Forderungen hoffte die Regierung der Manifestation die Kraft zu nehmen.

Soziales und Partei-Leben.

Die Frauenbewegung in Rußland. Aus St. Petersburg wird der „Frankf. Ztg." berichtet: Die Frauenfrage steht auch in Rußland seit vielen Jahren auf der Tagesordnung; die Förderer dieser Bewegung haben aber hierzulande mehr als irgendwo anderwärts harte Kämpfe auszufechten gehabt, ehe sie zu einigen Erfolgen gelangen konnten. Unter der Regierung Alexanders III. bekamen sie allmählich besseren Wind in die Segel, namentlich in Folge des warmen Interesses, daß die Kaiserin Maria Feodorovna für die Frauenfrage an den Tag legte, obgleich den guten Intentionen der Fürstin hie und da sozusagen ruckweise entgegengearbeitet wurde. Nichtsdestoweniger gelang es Frauen und Mädchen in viele der verschiedenen Verwaltungszweige hineinzudrängen, und man hat durchaus keine Ursache gehabt, sich über sie zu beklagen. Es giebt ihrer verhältnißmäßig viele in der Eisenbahnverwaltung, die ihnen soeben erst das schmeichelhafteste Leumundszeugniß ausgestellt hat: sie sind durchschnittlich fleißiger und gewissenhafter, als die männlichen Angestellten; sie sind besser erzogen und unterrichtet als diese, die größtentheils ganz ungebildet oder gar Menschen sind, die Schiffbruch gelitten haben; in moralischer Hinsicht stehen sie weit über den männlichen Angestellten und man hat bisher keinen einzigen Fall konstatiren können, wo eine weibliche Angestellte Bestechungsversuchen unterlegen wäre. — Moskau hat sich jetzt an die Spitze der Frauenbewegung gestellt; die alte Zarenstadt beabsichtigt, ein medizinisches Institut für Frauen und Mädchen zu errichten, und meint ohne Schwierigkeit für diesen Zweck eine Million Rubel durch freiwillige Spenden zusammenbringen zu können. Die meisten Professoren der Moskauer Universität haben sich schon bereit erklärt, während der ersten fünf Jahre, nachdem das Institut seine Wirksamkeit begonnen, ganz kostenfreie Vorlesungen zu halten. Das Institut wird anfangs auf 100 weibliche Studenten berechnet und dürfte mit einem Internat verbunden werden.

Aus Hof und Herr.

Eine Sammlung der staatserhaltenden Elemente befand sich am Donnerstag im Moabiter Justizpalast, um in einem Kuppeleiprozeß Zeugniß abzulegen. Ein Kapitel aus der Berliner Skandalchronik beschäftigte nämlich die 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin, welcher die verwittwete Friederike Gerhardt, geb. Bosse, aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde, um sich wegen schwerer und einfacher Kuppelei, sowie wegen Lotterievergehens zu verantworten. Die der Anklage zu Grunde liegenden Vorgänge sind wiederholt in der Presse Gegenstand der Erörterung gewesen, als die Angeklagte verhaftet wurde. Letztere unterhielt in einem Hause am Schiffbauerdamm einen sogenannten „Salon", in welchem Lebemänner der Geburts- und Geldaristokratie zu verkehren pflegten. Unter den gestrigen Zeugen befanden sich Namen von sehr bekanntem Klange. Die Verhandlung selbst fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Dr. Felisch hob bei der sehr ausführlichen Urtheilsbegründung hervor, daß der Einwand der Vertheidigung, die Angeklagte sei in Folge Genusses von Opium und alkoholischen Getränken geistig nicht normal und nicht verhandlungsfähig nicht zutreffe; vielmehr müsse sie für ihre Strafthaten voll und ganz einstehen. Die sorgfältige Prüfung des Sachverhalts habe die Schuld der Angeklagten ergeben; danach habe sie ihre leibliche Tochter Helene mindestens zwei Mal den Lüsten junger Lebemänner, eines Fabrikbesitzers und eines Offiziers gegen Entgelt preisgegeben. Ein Beweis dafür, daß sie um diesen Verkehr wußte, sei ihre Aeußerung, als der betreffende Offizier nicht genügend bezahlte: er sei wohl der „Lude" ihre Tochter. Ferner wurde die Angeklagte für überführt erachtet, sich gegenüber einer Schauspielerin, die bei ihr wohnte, der gewerbsmäßigen einfachen Kuppelei wiederholt schuldig gemacht zu haben. Bei einer solchen Gelegenheit sollte der in Frage kommende Offizier an sie die Schulden jener Schauspielerin bezahlen. Einige der skandalösen Vorgänge hatten Ohren- und Augenzeugen gehabt. Von einer Wiedergabe der bei der Urtheilsverkündung angeführten Einzelheiten sehen wir aus Rücksicht auf unsere Leser ab. Das Urtheil lautete — unter Einrechnung einer der Angeklagten bereits früher zudiktirten Gefängnißstrafe von 3 Monaten wegen Betruges — auf eine Gesammtstrafe von 1 Jahr 7 Monaten Zuchthaus und 4 Jahren Ehrverlust. Wegen Lotterievergehens erhielt die Angeklagte 15 Mark Geldstrafe.

Weidmanns Heil! In der Zeitschrift „Weidmanns Heil" vom 15. d. findet die „Wiener Arbeiterzeitung" folgende Notiz, die den Titel führt: „Seltenes Schlußzeichen": „Bei einer in D. von J. im Waldtheile des Koreniover Reviers stattgehabten Treibjagd waren vierzehn Hasen erlegt und ein Treiber, letzterer jedoch nur theilweise, oder besser gesagt, hintertheilweise. Anstatt nun, wie dies dieser Wildgattung in einem solchen Falle eigenthümlich ist, mit muldenartig geformtem Handteller auf den betreffenden Schützen zuzuwechseln, um durch anhaltendes Klagen das Mitleid desselben wachzurufen, wurde das Thierchen, noch zu jung, um mit den Gewohnheiten seiner Art vertraut zu sein, laut klagend und den leicht schweißenden Hinterlauf emsig reibend, dem nahen Dorfe zu flüchtig, jedenfalls in der Absicht, bei der dort nistenden Alten Schutz zu suchen. Der Seltenheit halber erlaube ich mir, diese Begebenheit mitzutheilen mit dem an sämmtlichen Jünger Dianens gerichteten höflichen Ersuchen, ähnliche von ihnen erlebte Fälle gefälligst zur Mittheilung bringen zu wollen. Mit Weidmanns Heil Zima." — Diese Gemeinheit übertrifft selbst noch die Rohheit jenes Jägers in Bosnien, von dem wir neulich berichteten, daß er einen Bauern zum Apportiren von erlegten Wasservögeln mißbrauchte.

Vererbung oder Naturspiel. Die in Görlitz erscheinende „Niederschlesische Ztg." berichtet über ein merkwürdiges Vorkommniß. Als im Jahre 1866 die wackeren Görlitzer Jäger in Feld zogen und bei Nachod dem Feinde das erste Treffen lieferten, erhielt einer der Braven einen Flintenschuß — Spitzkugel aus der Büchse der österreichischen Kaiserjäger — in die rechte Brust. Ein tüch-

---

Der Kampf um eine Million.

Roman aus dem New-Yorker Leben.

Frei nach dem Amerikanischen.

Von Erich Friesen.

(50. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.

Als sie das Empfangszimmer betritt, ist die Frau schon anwesend. Dieselbe wendet ihr den Rücken zu und betrachtet ein paar auf dem Tisch ausliegende Photographien.

Bei dem schwachen Geräusch des Thürschließens dreht sie sich um. . .

Ein Schwindel überfällt Irene — Frau Forster steht vor ihr.

Einige Sekunden blicken Beide einander schweigend an. Dann lacht Frau Forster leise auf.

„Scheinst Dich nicht sehr zu freuen, mich wiederzusehen, Kleine!" wispert sie vertraulich.

Kaum vermag Irene ihr Entsetzen zu bemeistern.

„Was wünschest Du von mir?"

„Gleich, gleich, Kleine! Reich mir erst die Hand zum Willkommen!"

„Nein. Komme mir nicht nahe! Du bist mein böser Geist! Wenn Du mich berührst, so —"

„— wirfst Du mich hinaus. Sag's nur gleich!" spottet Frau Forster. „Aber nein, das wirst Du nicht thun. Dazu bist Du zu klug. Als Du Hilfe brauchtest, wußtest Du mich zu finden. Jetzt, wo ich Dich nöthig habe, ziehst Du ein hochmüthiges Gesicht. Das also ist Deine versprochene Dankbarkeit! . . . . Sieh mich an! Gestern erst bin ich aus dem Spital herausgekrochen. Die Nacht hab' ich auf der Straße zugebracht, bis ich heute früh in einer Equipage Dein wohlbekanntes Gesicht sah. Hab' lange nach Dir gesucht — immer vergebens. Bilde Dir nicht ein, daß ich Dein Mitleid anrufen will! Ich fordere von Dir nur, was Du mir schuldest."

„Was ich Dir schulde?"

„Natürlich. Als ich mein Heim, meine Behaglichkeit und alles Andere Dir zu Liebe aufgab, versprachst Du mir, später mit mir zu theilen. Ich habe mein Wort gehalten; nun halte Deines!"

Sie ist ganz dicht an Irene herangetreten. Die schlaffen, herabhängenden Backen zeigen einen bösen, grimmigen Zug. Instinktiv weicht Irene ein paar Schritte zurück.

„Du wirst die Hälfte meines Vermögens erhalten, sobald ich in seinem Besitz bin", bringt sie mit Anstrengung hervor.

„Larifari! Von Versprechungen ißt man sich nicht satt. In sechs Monaten bin ich unter der Erde, sagt der Doktor, und bis dahin will ich noch was zu leben haben. Verstanden? Ich gehe nicht eher, als bis ich was aus Dir 'rausgequetscht habe."

Irene's Blick wird immer trüber.

„Ich habe nichts," murmelt sie tonlos.

„Nichts? . . . . Du? . . . . Das wagst Du mir zu sagen?" Hastig blickt sie sich im Zimmer um. „Ueberall Silbersachen und werthvolle Vasen und Schmuckgegenstände — und wahrhaftig, auch Diamantringe an den Fingern! Und Du sagst, Du hast nichts?"

Nervös schlingt Irene die Hände ineinander.

„Ich werde einmal mit meinem Manne sprechen," stottert sie.

„Mit Dr. Donald? Weiß er denn, daß Du die Frau eines Andern bist?"

Schweigend schüttelt Irene den Kopf. Die Kehle ist ihr wie zugeschnürt.

„Na also! Du wirst Dich hüten!" höhnt die Andere. „Er würde ein schönes Gesicht machen, wenn er es erführe!"

Jetzt ist es mit Irene's Selbstbeherrschung zu Ende. Das Gesicht mit den Händen bedeckt, schluchzt sie laut auf.

Frau Forster merkt, daß sie zu weit gegangen ist. Wenn diese alberne Gans wirklich ihrem Mann ihr Herz ausschüttete! Was würde Dr. Donald machen? Einfach Frau Forster wegen Erpressung in Gewahrsam bringen lassen. . . Also Vorsicht!

„Halloh, Kleine! Nicht gar so tragisch!" sucht Frau Forster zu begütigen, indem sie die Hand auf Irene's Arm legt.

Von Ekel gepackt, schüttelt Irene die Hand ab. Sie begreift nicht, wie sie noch vor wenig Monaten mit diesem Weibe zusammen leben konnte!

„Nicht maulen!" fährt Frau Forster jovial fort. „Siehst Du, die Zunge ist mir übergelaufen, weil ich Hunger habe! Ich will Dir nichts Schlechtes zufügen — wirklich nicht. . . . Du sollst Deinen hübschen Doktor behalten, so lange es Dir gefällt. . . . Ich will weiter nichts, als dem Arbeitshaus entgehen und noch ein paar Monate zufrieden leben — und dazu sollst Du mir helfen. . . . Sag' Deinem Doktor nichts! Wozu auch! Lord Crackbrain ist ein notorisch Verrückter, deshalb ist Eure Heirath kaum eine Heirath zu nennen. Auch ist er längst wieder nach England zurück und Dr. Griffith und Philipps mit ihm. Was also fürchten? . . . Gieb mir nur ein bischen —" Sie macht die Bewegung des Geldzählens.

„Ich sagte Dir schon, ich habe nichts."

„Erhältst Du kein Wirthschaftsgeld?"

„Gewiß."

„Und verbrauchst Du Alles?"

Irene zögert mit der Antwort. Wehmüthig gedenkt

tiger Arzt setzte eine Ehre darein, diesen Fall mit Erfolg zu behandeln. Freilich war die rechte Lungenspitze bereits in Eiterung übergegangen auch lösten sich nach und nach die Splitter der durch die Kugel zerschmetterten Rippe ab, so daß sich die Kur zu einer sehr schwierigen gestaltete. Die kräftige Natur des Kranken jedoch und die sorgfältige Pflege überwanden alle Schwierigkeiten. Die zerschmetterten Rippentheile wurden in 24 einzelnen Stücken nach und nach in verschiedenen Zeitzwischenräumen entfernt und der Lungenrest verheilte. Der Genesene machte von seinem Civilversorgungsscheine Gebrauch und trat in den Dienst bei der Bahn, woselbst er gegenwärtig die Stelle eines Betriebssekretärs bekleidet. Der Herr hat sich im Laufe der Zeit verheirathet und ist Vater zweier Kinder. Nun ergab sich der merkwürdige Fall, daß sich bei der Entwicklung des jüngsten Kindes, eines Knaben, der gegenwärtig vier Lebensjahre zählt, herausstellte, daß demselben genau dieselbe Rippe derselben Brustseite und genau auch dieselbe Länge fehlt, wie das bei dem Vater des Knaben der Fall ist. Ist das Naturspiel oder Vererbung? Diese Frage dürfte mit Recht aufgeworfen werden, da Vererbungen nach bisherigen Erfahrungen nur bei bereits den Eltern angeborenen organischen Fehlern vorzukommen pflegen, der mit der fehlerhaften Rippe ausgestattete Knabe aber von einem von Natur vollkommen gesunden Vater abstammt und das Fehlen der Rippe bei diesem doch nur in Folge eines gewaltsamen Eingriffes verursacht wurde.

Gewaltige Schneeverwehungen haben in der Nacht zum Freitag in der gesammten Rheinprovinz große Verkehrsstörungen hervorgerufen. In der Eifel sind die meisten Fahrstraßen verweht, in Aachen der Straßenbahnbetrieb gestört. Im Fernsprechnetz dort sind sieben Doppelgestänge mit etwa 500 Leitungen gebrochen. — In Innsbruck war am Mittwoch der stärkste Schneefall des heurigen Winters. Das Telephonnetz ist zerstört. Auf der Brennerbahn ging bei Gries eine große Lawine nieder. Die Züge stehen diesseits in Gries, jenseits, in Brenner, die Maschinen.

Ueber eine muthige That wird aus Laukuen im Kreise Labiau der „Tils. A. Ztg." Folgendes berichtet. Plötzliches Thauwetter hatte in hiesiger Gegend dem Eise im Nu seine Festigkeit geraubt und den Verkehr gehemmt. Auf dem schnell mürbe gewordenen Eise sind viele Unglücksfälle vorgekommen. So brach kürzlich der Gemeindevorsteher Rodde aus Wilhelmsrode, der mit einer Heufuhre des Morgens noch festes Eis auf dem Timberfluß bei dem Dorfe Timber passiren wollte, ein und wäre unfehlbar sammt seinem 10jährigen Söhnlein ertrunken, wenn nicht ein muthiger Jüngling mit eigener Lebensgefahr Beide dem nassen Elemente entrissen hätte. Der 18jährige junge Mann, Namens Wisbar aus Timber, sah die beiden Menschen dem Tode des Ertrinkens nahe, lief halb angekleidet, ohne Schuhe, auf Strümpfen der Unglücksstelle zu, erfaßte, auf dem Bauche liegend, den von dem Pferde untergetauchten Rodde bei den Haaren und schleppte ihn auf das Eis. Von der Wucht beider Personen brach aber das Eis ein. Wisbar, welchen die Natur mit ungewöhnlichen Körperkräften ausgerüstet hat, schleuderte den Rodde, selbst einbrechend, auf das feste Eis, erfaßte den mit dem Wasser ringenden Sohn des Geretteten und warf ihn gleichfalls auf die Eisdecke. Dabei wäre der Brave beinahe unter das Pferd gekommen und selbst ertrunken. Mit gewaltigen Anstrengungen schwang sich nun der junge Riese auf die Heufuhre, erfaßte die Zügel und hielt das Pferd so lange über Wasser, bis einige andere beherzte junge Leute mit langen Stangen über die schwache Eisdecke herüberkamen, das Pferd losschnitten und es mit Hülfe einer über den Hals geworfenen Schlinge auf das feste Eis schleppten. Wahre Ovationen brachte die Dorfjugend dem muthigen Jünglinge dar.

Pimperl Wichtig nennt sich ein „noch nicht anerkanntes Amtsblatt der Stadt Hof", das jährlich einmal zu Fastnacht erscheint und vom Redakteur der Oberfränkischen „Volkstribüne", Genossen Daniel Stücklen, mit viel Humor zusammengestellt und herausgegeben wird. Wir führen als Probe aus dem Inseratentheil der Nummer die folgende Bekanntmachung an:

Warnung!

Bis jetzt ist schon oft die Beobachtung gemacht worden, daß auf der Strecke der bayerischen Staatsbahn Hof-Steben Kinder nicht selten vor dem Zuge herlaufen und zwar gleich bis zur nächsten Station. Wenn an der Maschine dadurch etwas passire, sind die Eltern der Kinder für den entstandenen Schaden haftbar.

Ferner ist es dem Zugspersonal untersagt, wenn sich der Zug in voller Fahrt befindet, von den Vorübergehenden zu schimpfen.

Außerdem wird ausdrücklich bekannt gemacht, daß warmes Wasser von der Maschine unterwegs nicht mehr hergeschenkt werden darf, weil dadurch die fahrplanmäßige Verspätung überschritten werden kann.

Oberbahnamt Gerolbsgrün.

Wiener Wind. Man berichtet aus Wien, vom 21. d. M.: Der überaus heftige Wind, welcher hier am 24. v. M. herrschte, hat einen ganz eigenthümlichen Unfall verschuldet. Es fuhr nämlich an diesem Tage ein Möbelwagen gegen Währing. Als der leere Wagen von der Säulengasse in die Gürtelstraße einbog, wurde er von einem Windstoße erfaßt und umgeblasen. Dem Kutscher und den beiden Möbelpackern, die auf dem Wagen saßen, war nichts geschehen; unter dem Fuhrwerk aber lag bewußtlos ein junger Arbeiter, Franz Einzinger. Die polizeilichen Erhebungen über den Vorfall ergaben, daß der Wagen möglicherweise nicht umgeworfen worden wäre, wenn die Plachen, statt herabgelassen, aufgerollt gewesen wären. Von der Staatsanwaltschaft wurde auf Grund dieser Erhebung gegen den Fuhrmann Michael Reichardt die Anklage wegen Uebertretung gegen die Sicherheit des Lebens erhoben. In die gestrige Verhandlung konnte jedoch nicht eingegangen werden, weil der Privatbetheiligte Einzinger, wie ein von der ersten chirurgischen Universitätsklinik an das Bezirksgericht Währing gelangtes Schreiben mittheilt, mit einem Bruche der Schädelbasis und einer schweren Gehirnerschütterung im Allgemeinen Krankenhause darniederliegt.

Der Anti-Utopist. Folgendes Arbeitszeugniß dürfte verdienen, weiteren Kreisen bekannt zu werden. „Dem N. N. aus N. bescheinigen wir hiermit, daß derselbe in der Zeit vom — bis — als Ackerknecht und vom — bis und in gleicher Zeit 1897 bis — als landwirthschaftlicher Arbeiter auf dem Vorort Kl. Ziethen, gehörig zur Administration Bärenklau, in Beschäftigung gewesen ist. Der N. N. hat sich in dieser Zeit durch sein ruhiges anständiges Betragen sowohl wie durch Fleiß und Ehrlichkeit besonderer Beachtung der Verwaltung erfreut und utopistischen Bewegungen der Zeit sich fern gehalten. Kl. Ziethen, den 19. September 1897. Königl. Remonte-Depot-Inspektion. gez. Fischbach." Was versteht denn der Aussteller dieses Attestes unter „utopistischen Bewegungen der Zeit" eigentlich?

Der Plan einer festen Brücke über den kleinen Belt beschäftigt gegenwärtig einen ganzen Stab von Ingenieuren der dänischen Staatsbahnverwaltung. Die neue Eisenbahnbrücke zwischen Fühnen und Jütland soll 130 Fuß über dem Meere liegen, so daß Schiffe mit den höchsten Masten ungehindert darunter hinweg fahren können. Mit Hinzurechnung der Viadukte auf dem Lande, die den Bahnkörper allmählich in Höhe der Brücke bringen, wird die Brücke etwa 4500 Fuß lang.

Wer will eine Inselgruppe kaufen? Wie aus Funchal (Madeira) gemeldet wird, liest man in einem dortigen Tageblatt folgende Anzeige: „Zu verkaufen! die Selvageus-Inseln. Näheres bei der Geschäftsstelle dieses Blattes." Die genannten Inseln (engl.: Selvaga-Inseln) bestehen aus drei größeren und vielen kleineren unbewohnten und wasserarmen aber jagdreichen Inseln und liegen fast in der Mitte zwischen Madeira und Teneriffa und gehören historisch und politisch zu Madeira, und werden immer von Madeira aus durch ihren jeweiligen Besitzer ausgebeutet. In früherer Zeit war das Hauptprodukt Orseille (ein rother Farbstoff, der aus einer Flechtenart gewonnen wird; seit Jahren wird dort hauptsächlich die Pussinenjagd betrieben, die jährlich 20- bis 22 000 dieser Vögel liefert, deren Fleisch, Oel und Federn einen bedeutenden Werth darstellen. Für Naturforscher ist die Gruppe ein fast ganz jungfräuliches Gebiet. Wie die Madeira näher liegenden Desertas, so werden jetzt auch wohl die Selgagens aus portugiesischen Händen in englische übergehen! Oder sollten deutsche Kolonialfexe die Inselgruppe erwerben wollen?

Ein Kampf gegen Stier und Elefant. Ueber einen merkwürdigen Kampf, der dieser Tage in Madrid stattgefunden hat, wird berichtet: Auf der Plaza de Toros, dem großen Zirkus für die Stierkämpfe, wurde ein Stier auf einen Elefanten losgelassen, und ganz Madrid strömte zu dem ungewöhnlichen Schauspiel zusammen. Aber eine große Enttäuschung erwartete die blutlüsternen Zuschauer; der Elefant war ein sehr zahmer Gesell, durchaus friedlich gesinnt, der sich auf gar keinen Kampf mit seinem wuthschnaubenden Gegner einließ. Auf den Anzeigeplakaten war der massive Dickhäuter als ein „magnifico elefante" geschildert, und im Bilde bohrte er seine prächtigen Stoßzähne in den Leib seines Gegners. Die Wirklichkeit blieb jedoch weit hinter dieser Ankündigung zurück. Das Ganze war offenbar auf Täuschung berechnet; denn ein ganz junger Elefant trat in die Arena, der nur einen einzigen, eben hervorknospenden Stoßzahn von wenigen Zentimentern Länge besaß. Dies friedliche Thier war empfänglicher für die Apfelsinen, die ihm die Zuschauer zuwarfen, und die Stücke Zucker, mit denen ihn der Wärter fütterte, als für den Kampf mit wilden Stieren. Sobald der erste von den bereit gehaltenen Stieren auf ihn losstürzte, fing „Nero", so hieß der Elefant, kläglich zu heulen an und ergriff die Flucht. Der Stier schien Mitleid mit seinem ohnmächtigen Gegner zu fühlen, er ließ ihn in Ruhe. Aber die Zuschauermenge dachte ganz anders, und ein tausendstimmiges Geschrei erscholl nach Fortsetzung des Kampfes. Ein zweiter Stier erschien, der mehrere Angriffe auf Nero machte, der ihnen aber regelmäßig unter lautem Trompeten auswich. Nach diesem vergeblichen Versuche fand das unwürdige, sportwidrige Schauspiel ein Ende, und die enttäuschte Menge zerstreute sich, indem sie ihrem Groll gegen die Veranstalter des Schauspiels Ausdruck gab.

Zarte Behandlung. Gast (zur Wirthin, welche soeben einen betrunkenen Bauern vor die Thür geworfen): „Aber, Frau Wirthin, das ist eigentlich keine weibliche Beschäftigung, sich mit betrunkenen Bauern herumzuschlagen! Das könnte Ihr Mann besser besorgen!" — Wirthin: „Bleiben S' mir weg mit dem! Wissen S', der versteht nicht, mit seinen Gästen umzugehen — der wird immer gleich grob!"

(Fl. Blätter).

Guter Rath. „Denk' Dir nur, wie schrecklich! Ich bekomme gestern von meinem Schwiegerpapa ein wunderbares, neues Zweirad — und heute verbietet mir unser Hausarzt auf's Strengste das Radfahren! Was soll ich da thun?" — „Nimm Dir einen anderen Doktor!"

(„Jugend.")

Bescheiden. „. . . Ich muß Ihnen sagen, Herr Baron: mir imponiren die Self-made men, die gewissermaßen aus Nichts zu kolossalem Vermögen gelangt sind!" — „Was wollen Sie?! Ich hab' auch als einfacher Millionär angefangen!"

Stoßseufzer. „Meine Hausnummer ist 17, meine Handschuhe 7½, mein Rad hat Nummer 1216, meine Uhr 3418, meine Brille Nummer 12, mein Telephon 843, meine Sperrsitznummer 184! . . Und das soll man Alles im Kopf behalten! (Fl. Bl.)

---

sie der kleinen Summe, die sie sich seit Monaten vom Wirthschaftsgeld abspart, um Ralph an seinem Geburtstage mit einem umfangreichen wissenschaftlichen Werk zu überraschen, das er sich schon längst wünschte.

„Nun?" drängt Frau Forster.

Schweigend öffnet Irene eine Schublade ihres Schreibtisches.

„Hier," murmelt sie, ein gefülltes Portemonaie hervorziehend.

Gierig greift die Andere darnach und öffnet es. Eine Anzahl Goldstücke blinkt ihr entgegen.

„Sieh nicht so erbarmungswürdig aus, Kleine! Ich komme erst wieder, wenn das hier —" sie schüttelt das Portemonaie — „verbraucht ist. . . . Und dann versprech ich Dir auch zu kommen, wenn Dein Doktor fort ist. Hab' auch heute eine ganze Stunde lang aufgepaßt. . . . Na, bin ich keine gute Freundin? . . Ich will jetzt gehen, damit die Dienstboten nicht aufmerksam werden. Solch' Volk ist neugierig. Deinem Doktor sag', ich wär' eine frühere Dienerin von Dir. . . Addio für heute!"

Sie öffnet die Thür und tritt auf den Vorsaal hinaus. Dann ruft sie mit lauter Stimme, damit es die Dienerschaft hören soll:

„Tausend Dank, gnädigste Frau Doktor! Und wenn Sie mal im Haus was zu thun haben, denken Sie an mich! . . . Sie wissen ja, ich scheue keine ehrliche Arbeit auch die gröbste nicht!"

Unter wiederholtem Knixen verschwindet sie hinter der Hausthür.

Ohne sich umzublicken, eilt sie um die allernächste Straßenecke.

Dort löst sich bei ihrem Anblick ein Mann von dem Laternenpfahl.

Er scheint auf sie gewartet zu haben.

„Na, haben Sie was?" fragt er lauernd.

„Nee, Philipps, nur zwei oder drei lumpige Dollars. Aus der Kreatur ist nichts 'rauszukriegen."

„Muß man ihr Daumschrauben aufsetzen."

„Haha, Daumschrauben! Die Gans ist im Stande, ihrem Doktor zu beichten und dann —"

„Hätt' ich Esel damals nur die Hände davon gelassen", brummte Philipps. „Hab' ich mir durch den verdammten Heirathsschwindel meine gute Stellung verdorben. Treib' mich seitdem auf der Straße herum."

Frau Forster zieht ein pfiffiges Gesicht.

„Wohnt Dr. Griffith mit Lord Crackbain noch in der Sechsten Avenue?"

„Jawohl."

„Wissen Sie, ob er Crackbrain manchmal für ein paar Stunden allein läßt?"

„Weiß ich. Treib' mich stets da in der Nähe herum. Denk' immer: vielleicht giebt's dort doch noch mal was zu verdienen."

„Brovo!"

Frau Forster klatscht in die Hände. „Uns Beiden ist geholfen, Philipps! Wollen Kompagnieschaft machen, was?"

„Ich verstehe nicht —"

„Sie werden gleich verstehen —"

Und den Mann hastig mit sich fortziehend, entwickelt sie ihm ihren ganzen Plan.

XXXVI.

Tage vergehen.

Irene sieht und hört nichts von Frau Forster. Sie hält dies für ein gutes Zeichen; der üble Eindruck, den das plötzliche Auftauchen der Frau hervorgerufen, verwischt sich nach und nach.

Irene hat ihrem Gatten gleich nach jenem Besuch mitgetheilt, daß sie ihrer früheren Freundin, die sich in Noth befände, ihre kleinen Ersparnisse übergeben habe. Er hat sie dafür geküßt und zärtlich gesagt:

„Wenn ich nicht irre, dankst Du ihr das Leben, mein Lieb. Für diese Heldenthat wollen wir uns jetzt revanchiren. Sobald sie wiederkommt, sage ihr, sie solle ein paar tausend Dollars haben, um ein kleines Geschäft anzufangen, sie steht dann unabhängig da."

O, mit welcher Innigkeit hat damals Irene den großmüthigen Gatten umfangen, mit welcher Dankbarkeit seine hülfsbereite Hand an ihre Lippen gedrückt!

Unglücklicher Weise ahnt Frau Forster nichts von dieser beabsichtigten günstigen Wendung ihres Schicksals. Sie hätte sonst vielleicht den Plan, den ihr rastlos arbeitendes Hirn geschmiedet, aufgegeben.

Trotzdem Irene ihr eigenes Wohngemach besitzt, ist doch ihr liebster Aufenthalt das Sprechzimmer ihres Gatten.

Hier fühlt sie sich ihm nahe, auch während seiner Abwesenheit; hier glaubt sie einen Hauch von seinem Geiste, seinem innersten Wesen zu spüren.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwartz. Druck von Friedr. Meyer u. Co., sämmtliche in Lübeck.